

Inhaltsverzeichnis

1. Marie-Luise Dött	
2. Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen	
3. Mittelstands- und Wirtschaftsunion	
4. Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft	

Marie-Luise Dött

Marie-Luise Dött (* 20. April 1953 in Nordhorn), Vorstandsmitglied der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#), war bis 2021 Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) und dort Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Stellv. Vorsitzende im Parlamentskreis Mittelstand und umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Darüber hinaus war sie Co-Vorsitzende der Kommission "Energie/Umwelt" der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) und Ständiger Gast in deren Bundesvorstand.^[1] Dött war Botschafterin der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM).

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	2
2 Wirken	2
2.1 2010: Klimaskeptikerin	2
3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	3
4 Einzelnachweise	3

Karriere

- 2001 - 2017 Vorsitzende des [Bund Katholischer Unternehmer](#) (BKU)
- Umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- 1998-2021 Mitglied des Deutschen Bundestages
- 1997 - 1999 Mitglied im Landesvorstand der CDU NRW
- 1995-2021 Bundesvorstandsmitglied der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (heutige Bezeichnung: [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#))

Quelle: ^[2]

Wirken

2010: Klimaskeptikerin

Frau Dött bezweifelt, dass die globale Erwärmung menschengemacht ist und stellt die Frage, wie man die Politik wieder auf einen anderen Kurs bekomme, weg vom Klimaschutz und den immer neuen Lasten für die Wirtschaft. Über die Veranstaltung der FDP-Fraktion zum Klimaschutz unter Beteiligung des US-Klimawandelleugners Fred Singer, auf der auch Frau Dött ihre Position erläuterte, berichtete die Financial Times vom 16. September 2010 wie folgt:

Einen Temperaturanstieg, da ist sich die Runde einig, gibt es, aber der Mensch trägt daran kaum eine Schuld. CO2 sei schon immer in der Luft gewesen, und auch das Klima habe sich stets gewandelt. Mal war es eben kälter, und dann wieder wärmer. Da sei doch nichts dabei. "Die Mehrheit der Menschen ist

einfach beeinflussbar und leicht händelbar", erklärt Dött. All das, was Merkel und Norbert Röttgen täglich hochhalten, sei eine "Ersatzreligion". Die aber, die es wagten, daran zu zweifeln, "können geächtet werden, die müssen eventuell auch beichten, die müssen dann ins Fegefeuer oder kommen sogar in die Hölle, wenn sie ganz schlimm sind". Von freier Wissenschaft könne keine Rede mehr sein, Deutschland gehe mehr und mehr einen Sonderweg. "Mir macht es Spaß, hier innerhalb der FDP zu sein", bekennt sie sich.^[3]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Bundesvorstand](#), mit-bund.de, abgerufen am 10.05.2021
2. ↑ [Profil](#), bundestag.de, abgerufen am 23.02.2021
3. ↑ [Timo Pache: Umweltpolitik in Deutschland Die Klima-Revisionisten](#)

Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Die **Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen** ("Strukturgesellschaft") ist ein [Netzwerkverein](#), der regelmäßig Sitzungen und sogenannte "Expertengespräche" in Räumen des Bundestags zu Themen der laufenden Gesetzgebung und Sachverhalten, bei denen politische Entscheidungen absehbar sind, veranstaltet. Dabei bringt die Organisation große Wirtschaftsverbände, Unternehmen und Einzelpersonen mit Abgeordneten und Vertreter:innen der Bundesregierung – insbesondere Parlamentarischen Staatssekretär:innen – zusammen und ermöglicht so eine informelle Einflussnahme auf die Gesetzgebung.^[1]

Eine zentrale Rolle spielen dabei die 16 Beiräte, die den Ausschüssen des Deutschen Bundestags nachgebildet sind. Die Beiratsvorsitzenden der Strukturgesellschaft sind meist gleichzeitig Mitglieder - teils sogar Vorsitzende - der entsprechenden Bundestagsausschüsse und/oder Fraktionssprecher:innen. Dabei handelt es sich überwiegend um CDU/CSU Politiker:innen.

Zu den prominentesten CDU-Mitgliedern der Organisation zählen Bundeskanzler [Friedrich Merz](#), Staatsminister [Michael Meister](#) sowie [Thomas Bareiß](#), Verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und ehem. Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für

Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Rech eingetragener Verein

tsfor
m

Tätig Kontaktpflege der Wirtschaftslobby zu
keits Parlamentariern und Parlamentarischen
berei Staatssekretären zur Einflussnahme auf
ch Gesetzesvorhaben

Grün 1959

dung
sdat
um

Haupt Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin
tsitz

Lobb
ybür
o

Lobb
ybür
o EU

Web www.strukturgesellschaft.de
adre

Wirtschaft und Energie. Einflussreiche Mitglieder aus der FDP sind unter anderem Hartfrid Wolf, ehem. Abteilungsleiter für Pressearbeit im Bundesministerium für Digitales und Verkehr, und Michael Theurer, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank mit Zuständigkeit für die Bankenaufsicht und ehem. Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Verkehr.

**Gesellschaft zum Studium
strukturpolitischer Fragen**

sse

Inhaltsverzeichnis	
1 Die Beiräte	4
2 Mangelnde Transparenz	5
3 Organisationsstruktur und Personal	6
3.1 Vorstand	6
3.2 Vorstandsmitglieder vorangegangener Legislaturperioden	7
3.3 Vorsitzende der Beiräte der Strukturgesellschaft	7
3.4 Mitglieder	8
4 Weiterführende Informationen	9
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	9
6 Einzelnachweise	9

Die Beiräte

Bei der Beeinflussung von Parlamentarier:innen und hochrangigen Mitarbeiter:innen von Ministerien im Sinne der in der Strukturgesellschaft organisierten Verbände und Unternehmen spielen die Beiräte eine entscheidende Rolle. Die Beiräte der Lobbyorganisation sind den Ausschüssen des Deutschen Bundestags nachgebildet. Diese machen Gesetzesentwürfe "abstimmungsreif" und können in diesem Zusammenhang Sachverständige zu Anhörungen einladen. Ihre Mitglieder verfügen somit über großen politischen Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess.

Die Beiratsvorsitzenden der Strukturgesellschaft sind meist gleichzeitig Mitglieder - teils sogar Vorsitzende - der entsprechenden Bundestagsausschüsse und/oder Fraktionssprecher:innen. Die Beiräte bilden das Forum, in dem der Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen Politiker:innen (Parlamentarier:innen und Parlamentarische Staatssekretär:innen), Vertreter:innen von Wirtschaftsverbänden, Unternehmen und Beratungsgesellschaften sowie diesen nahestehenden Professor:innen stattfindet. Der privilegierte Zugang zu einflussreichen Bundestagsabgeordneten und Mitgliedern der Bundesregierung vermittelt den beteiligten Wirtschaftskreisen einen immensen strategischen Vorteil bei der Lobbyarbeit.

Die Tagungen der Beiräte finden in den Mittagspausen der Sitzungen des Deutschen Bundestages statt. Auf diese Weise ist sichergestellt, dass Mitglieder der Bundesregierung und Bundestagsabgeordnete aller Fraktionen am Meinungsaustausch teilnehmen können. Auf der Tagesordnung stehen sowohl Themen der laufenden Gesetzgebung als auch Trends, bei denen aus Sicht der Strukturgesellschaft ein Regelungsbedarf absehbar ist. Leiter der Tagungen sind die Beiratsvorsitzenden, die den Sitzungstermin, das Thema sowie die Statementgeber:innen gegenüber der Strukturgesellschaft festlegen und die Räume im Bundestag buchen.^[2]

Die Strukturgesellschaft fragt im Namen des Beiratsvorsitzenden die Statementgeber:innen an und lädt weitere Teilnehmer:innen sowie die Mitglieder der Strukturgesellschaft zu den Sitzungen bzw. "Expertengesprächen" ein. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied Horst-Dieter Westerhoff schrieb an abgeordnetenwatch.de, dass die Gesellschaft die jeweiligen Fraktionssprecher:innen für den Vorsitz eines Beirats gewinnen wollen: „Auf diese Weise kann es gelingen, aus der Fülle der im Bundestag behandelten Themen die wichtigsten herauszufinden.“^[3]

Protokolle der Sitzungen des zweiten Halbjahrs 2021 und 1./2. Halbjahr 2022, in denen nur das Datum, der Sitzungsort, das Thema und das zuständige Beiratsmitglied genannt werden, sind [hier](#) abrufbar. Welche Lobbyist:innen auf Einladung von Abgeordneten einen Vortrag halten dürfen, wollen die Verantwortlichen nicht sagen. Dies sei angeblich zu aufwendig.^[4]

Die Strukturgesellschaft verfügt über 16 Beiräte mit den Schwerpunkten:

Arbeit und Soziales	Bildung und Forschung	Digitales	Energie
Europa	Finanzen, Steuern, Geld und Kredit	Gesundheit	Handel und Verbraucherschutz
Medien, Internet und Telekommunikation	Sicherheit und Verteidigung	Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	Verkehr
Welthandel	Wirtschaft und Wirtschaftsrecht	Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	Ordnungspolitik (neu seit 09/2023)

Mangelnde Transparenz

Auf der [Webseite der Strukturgesellschaft](#) gibt es keinerlei Informationen zu den Beiratssitzungen wie Termine, Teilnehmer, Themen, Argumente oder Beschlüsse.

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

Vorsitzender	Michael Meister , CDU	<ul style="list-style-type: none"> • seit 05/2025 Staatsminister für Bund-Länder-Zusammenarbeit^[5] • Mitglied des Bundestags • 2018-2021 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, davor Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium • Wirtschaftsrat der CDU, ehem. Mitglied des Präsidiums • Institut Finanzen und Steuern, ehem. Mitglied des Kuratoriums^[6]
Stellvertreter	Ludolf von Wartenberg , CDU	<ul style="list-style-type: none"> • 1990-2006 Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Hauptgeschäftsführer • Institut Finanzen und Steuern, Vorsitzender des Kuratoriums
Stellvertreter	Siegmar Mosdorf , SPD	<ul style="list-style-type: none"> • Lobby- und PR-Agentur Kekst CNC, Partner • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), ehem. Botschafter • Parlamentarischer Staatssekretär a.D.
Stellvertreterin	Marie-Luise Dött , CDU	<ul style="list-style-type: none"> • ehem. Mitglied des Bundestags • ehem. Umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Schatzmeister	Jochen Homann	<ul style="list-style-type: none"> • Bundesnetzagentur, ehem. Präsident • Bundesministerium für Wirtschaft, ehem. Beamteter Staatssekretär
Vorstandsmitglied	Alexander Bonde, Bündnis 90/Die Grünen	<ul style="list-style-type: none"> • Deutsche Bundesstiftung Umwelt, Generalsekretär • ehem. Landesminister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg
Vorstandsmitglied	Hartfrid Wolff, FD P	<ul style="list-style-type: none"> • Bundesministerium für Digitales und Verkehr, ehem. Abteilungsleiter (Pressearbeit und strategische Planung) • KPMG, bis 01/2022 Senior Manager, Öffentlicher Sektor^[7] • FDP, Mitglied im Landesvorstand Baden-Württemberg • ehem. Mitglied des Bundestags
Vorstandsmitglied	Rainer Holznagel	<ul style="list-style-type: none"> • Bund der Steuerzahler, Präsident • Europäischer Wirtschaftssenat, Mitglied des Kuratoriums

Geschäftsführen

- des [Horst-Dieter](#) • Bundeskanzleramt, ehem. Gruppenleiter
Vorstandsmitgli [Westerhoff](#) • CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ehem. Mitarbeiter
ed

(Stand: Juni 2025) Quelle: ^[8]

Vorstandsmitglieder vorangegangener Legislaturperioden

- [Friedrich Merz](#), CDU
- [Christine Scheel](#), Grüne

Vorsitzende der Beiräte der Strukturgesellschaft

Die Bezeichnung der Beiräte orientiert sich an den Bezeichnungen der Ausschüsse des Deutschen Bundestags (Kurzbezeichnung: Ausschuss).

- Axel Knoerig, MdB, CDU, Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Arbeit und Soziales (**Beirat für Arbeit und Soziales**)
- Katrin Staffler, MdB, CSU, Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (**Beirat für Bildung und Forschung**)
- N.N. (**Beirat für Digitales**)
- Reinhard Houben, MdB, FDP (**Beirat für Energie**)
 - Mitglied im Wirtschaftsausschuss
 - Wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion
- Markus Töns, MdB, SPD, Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (**Beirat für Europa**)
- Matthias Hauer, MdB, CDU, Partner in der Sozietät Esch & Kramer Rechtsanwälte, Obmann und Mitglied im Finanzausschuss (**Beirat für Finanzen, Steuern Geld und Kredit**)
- Georg Kippels, MdB, CDU, Obmann im Unterausschuss Globale Gesundheit und Gesundheitsausschuss, Rechtsanwalt bei Dr. Georg Kippels und Hans-Peter Dresen GbR (**Beirat für Gesundheit**)
- Jan Metzler, MdB, CDU, Mitglied im Wirtschaftsausschuss (**Beirat für Handel und Verbraucherschutz**)
- Marco Wanderwitz, MdB, CDU, Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Kultur und Medien (**Beirat für Medien, Internet und Telekommunikation**)
- Michael Meister, MdB, CDU, ehemaliger Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium für Finanzen und beim Bildungsministerium, (**Beirat für Ordnungspolitik**)
- Reinhard Brandl, MdB, CSU (**Beirat für Sicherheit und Verteidigung**)
 - Mitglied im Verteidigungsausschuss und im Gremium "Sondervermögen der Bundeswehr"
 - Präsidiumsmitglied im [Förderkreis Deutsches Heer](#)
 - Vizepräsident der [Gesellschaft für Sicherheitspolitik](#)
- Björn Simon, MdB, CDU, Mitglied im Ausschuss für für Umwelt, Naturschutz, Nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (**Beirat für Umwelt, Naturschutz und Nukleare Sicherheit**)
- [Thomas Bareiß](#), MdB, CDU (**Beirat für Verkehr**)
 - Verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
 - Vorstandsmitglied des Parlamentskreises Mittelstand
 - ehem. Parlamentarischer Staatssekretär
- Stefan Rouenhoff, MdB, CDU (**Beirat für Welthandel**)
 - Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie

- Vorstandsmitglied der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion \(MIT\)](#) der Sächsischen Union
- Klaus Wiener, MdB, CDU, Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, ehem. Geschäftsführer des [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft \(Beirat für Wirtschaft und Wirtschaftsrecht\)](#)
- Friedhelm Boginski, FDP (**Beirat für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen**)

(Stand: April 2025)

Mitglieder

Zu den 205 [hier](#) abrufbaren Mitgliedern (Stand: 01.01.2024) ^[9] gehören:

- **Verbände**, z. B.
 - [Bundesverband der Deutschen Industrie \(BDI\)](#)
 - [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände \(BDA\)](#)
 - [Deutscher Industrie- und Handelskammertag \(DIHK\)](#)
 - [Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft](#)
 - [Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse \(BVTE\)](#)
 - [Bundesverband Deutscher Banken](#)
 - [Die Familienunternehmer - ASU](#)
 - [Verband der Automobilindustrie](#)
 - [Verband der privaten Krankenversicherungen](#)
 - [Die Gas- und Wasserstoffwirtschaft \(ehemals Zukunft Gas\)](#)
- Unternehmen, z. B.
 - [Amazon](#)
 - [BASF](#)
 - [Bayer](#)
 - [Deutsche Post](#)
 - [Deutsche Telekom](#)
 - [Google](#)
 - [Shein](#)
- **Politiker:innen**, z. B.
 - [Thomas Bareiß](#), CDU, MdB, Verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ehem. Parl. Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
 - [Daniel Föst](#), FDP
 - [Anja Karliczek](#), CDU, MdB, ehem. Bundesministerin für Bildung und Forschung
 - [Michael Meister](#), CDU, MdB, ehem. Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung
 - [Friedrich Merz](#), CDU, MdB, Bundesvorsitzender und Kanzlerkandidat der CDU
 - [Klaus-Peter Willsch](#), CDU, MdB, Mitglied des Bundestagsausschusses für Wirtschaft und Energie, Vorsitzender des [Forum Luft- und Raumfahrt](#)
- **Einzelmitglieder**, z. B.
 - [Marie-Luise Dött](#)
 - [Georg Fahrenschon](#), ehemaliger Staatsminister
 - [Melanie Fügner](#), Freier Verband Deutscher Zahnärzte
 - [Justus Haucap](#)
 - [Anja Käfer-Rohrbach](#), [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft \(GDV\)](#)

- [Siegmar Mosdorf](#), Partner der Lobby- und PR-Agentur [Kekst CNC](#)
- Kai Warnecke, Haus & Grund
- Martin G. Eckert, thyssenkrupp Industrial Solutions AG
- Stefan Hefter, [KPMG AG](#)

(Stand: Mai 2025)

Weiterführende Informationen

- [Tanja Röttger: Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#), [abgeordnetenwatch.de](#), 08.09.2023
- [Rede von Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble zum Symposium zum 60. Jubiläum der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#), 23. Oktober 2019
- [Die Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen \(Strukturgesellschaft\), Veranstaltung zum 50-jährigen Bestehen am 5. März 2009](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Rede von Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble zum Symposium zum 60. Jubiläum der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#), 23. Oktober 2019, [Bundestag.de](#), abgerufen am 21.02.2021
2. ↑ [Registereintrag](#), [lobbyregister.de](#), abgerufen am 21.04.2024
3. ↑ [Wie ein diskreter Verein Lobbyisten und Abgeordnete zusammenbringt](#), [abgeordnetenwatch.de](#) vom 08.09.2023, abgerufen am 09.09.2023
4. ↑ [Wie ein diskreter Verein Lobbyisten und Abgeordnete zusammenbringt](#), [abgeordnetenwatch.de](#) vom 08.09.2023, abgerufen am 09.09.2023
5. ↑ [Dr. Michael Meister](#), [bundesregierung.de](#), abgerufen am 03.06.2025
6. ↑ [Profil](#), [abgeordnetenwatch.de](#), abgerufen am 04.02.2023
7. ↑ [Profil](#), [kpmg-law.de](#), abgerufen am 02.07.2022
8. ↑ [Der Vorstand](#), [strukturgesellschaft-de](#), abgerufen am 06.06.2025
9. ↑ [Registereintrag](#), [lobbyregister.bundestag.de](#), abgerufen am 06.06.2025

Mittelstands- und Wirtschaftsunion

Die **Mittelstands- und Wirtschaftsunion** (MIT) (Bezeichnung bis 2019: Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU) ist eine parteiinterne Vereinigung nach dem Statut der CDU sowie eine Arbeitsgemeinschaft nach der Satzung der CSU. Die rund 25.000 Mitglieder, deren Interessen wahrgenommen werden,

Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT)

Recht Vereinigung nach dem Statut der CDU
sform /Arbeitsgemeinschaft nach der Satzung der CSU
Tätigk Interessenvertretung der

sind laut **Satzung** insbesondere Unternehmer, Handwerker, Gewerbetreibende, Landwirte, Angehörigen der Freien Berufe und der Leitenden Angestellten. Als parteiinterne Vereinigung hat die MIT einen Sitz im Parteivorstand, unterliegt aber auch bestimmten Regeln des **Parteistatuts**. Mindestens die Vorsitzenden der MIT auf allen Ebenen sowie auf Landes- und Bundesebene sämtliche Vorstandsmitglieder müssen Mitglieder der CDU bzw. der CSU sein. Im Bericht zum Bundesmittelstandstag 2025 wurde der Status der Parteivereinigung hervorgehoben: Das Beispiel Grundsatzprogramm der CDU zeige, wie wertvoll die Rolle der MIT als Parteivereinigung sei: "Allein die Antragsberechtigung bei Bundesparteitagen bringt eine Chance auf Einfluss und Gestaltung, über die andere Verbände nicht verfügen."^[1]

Oliver Zander, Co-Vorsitzender der Kommission Arbeit /Soziales und Gast im Bundesvorstand, ist

Hauptgeschäftsführer von **Gesamtmittel**, dem Finanzier der Lobbyorganisation **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft** (INSM).^[2] Der frühere MIT-Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben wurde 2022 Hauptgeschäftsführer der INSM - auf Betreiben seines Duzfreundes Oliver Zander.^[3]

Der „Parlamentarische Arm“ der MIT ist der mächtige Parlamentskreis Mittelstand (PMK), dem 166 der 208 Bundestagsabgeordneten von CDU/CSU angehören.^{[4][5]} Dessen Vorsitzender Christian von Stetten sitzt im Präsidium des einflussreichen **Wirtschaftsrat der CDU**.^[6]

Die MIT bekennt sich in ihrer Satzung zu einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mit folgenden Prinzipien: Subsidiarität staatlichen Handelns, Förderung der Eigenverantwortung, weitgehender Verzicht auf staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsleben und Sicherung des Leistungswettbewerbs. Mehrere Anträge zum 38. Bundesparteitag der CDU Ende Februar 2026 dienen dem Ziel, Regelungen zum Umweltschutz und Rechte von Arbeitnehmern einzuschränken. Der „Spiegel“ schreibt: „Diese Kräfte wollen die CDU zur Anti-Klima-Partei machen“.^[7]

2022 begrüßte die MIT die Wahl von **Friedrich Merz** zum CDU-Vorsitzenden und erklärte, dieser sei der erste Vorsitzende, der MIT-Mitglied sei.^[8] Dem gewählten CDU-Präsidium gehörten neben Merz alle fünf Stellvertreter, die Bundesschatzmeisterin, sowie fünf der sieben weiteren Mitglieder der MIT an.

Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT)

eitsbe unternehmerischen Wirtschaft
reich gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit

Gründ 1956 bzw. 1995 (Fusion der
ungsd Vorgängerorganisationen)
atum

Haupt Schadowstr. 3, 10117 Berlin
sitz

Lobby

büro

Lobby

büro

EU

Weba mit-bund.de

dresse

Inhaltsverzeichnis

1 Fragwürdige Darstellung als Mittelstandsvereinigung	11
2 Politische Ausrichtung	12
2.1 Grundsatzprogramm	12
2.2 Rechtsgerichteter Journalist Julian Reichelt als „Stargast“ der MIT Südbaden	13
3 Lobbyarbeit	13
3.1 Allgemein	13
3.2 Parlamentskreis Mittelstand	13
3.3 Parlamentskreis Mittelstand Europe (PKM Europe)	15
3.4 SME Europe	16
3.5 Gesprächskreis mit dem BDI	16
3.6 Mitwirkung der MIT und der Mittelstands-Union der CSU (MU) bei der Erarbeitung des neuen Grundsatz- und Wahlprogramms der CDU und des Koalitionsvertrags	16

3.7 Positionen zum Klimaschutz	16
3.8 Kein Rechtsanspruch auf Lifestyle-Teilzeit	18
3.9 Telefonische Krankschreibung abschaffen	19
3.10 Gegner des Lieferkettengesetzes	19
3.11 Forderungen nach "Belastungsstopp für die Wirtschaft"	21
3.12 Rundfunkreform	21
4 Sponsoring	22
4.1 Veranstaltungsformate und Optionen	22
4.2 Beispiel: Bundesmittelstandstag	22
5 Mitglieder	22
6 Bundesmittelstandstag	22
7 Bundesvorstand	23
7.1 Zusammensetzung	23
7.2 Mitglieder des Bundesvorstands	23
8 Präsidium	24
9 Auslandsverband Belgien	24
10 Kommissionen	24
11 Finanzen	25
12 Weiterführende Informationen	25
13 Einzelnachweise	25

Fragwürdige Darstellung als Mittelstandsvereinigung

Schon die Bezeichnung Mittelstands- und Wirtschaftsunion vermittelt den Eindruck, dass die MIT im Wesentlichen die Interessen des Mittelstands vertritt. Das höchste Organ der MIT, die Mitgliederversammlung, nennt sich Bundesmittelstandstag. Im Bericht vom Bundesmittelstandstag 2025 wird „Mittelstand wirkt“ als Motto des Programms bezeichnet. Die Assoziation von MIT und Mittelstand ist für die Interessenwahrnehmung wichtig, weil der Mittelstand in der Öffentlichkeit ganz überwiegend positiv wahrgenommen wird. Auch werden Mittelständler - im Gegensatz zu Konzernchefs - kaum mit wirtschaftlicher Macht und großem politischen Einfluss in Verbindung gebracht.

Für mittelständische Unternehmen gibt es keine verbindliche Definition. Das Statistische Bundesamt unterscheidet zwischen Kleinunternehmen (bis 9 Beschäftigte und bis 2 Millionen Euro Umsatz), kleinen Unternehmen (bis 49 Beschäftigte und bis 10 Millionen Euro Umsatz und kein Kleinunternehmen) und mittleren Unternehmen (bis 249 Beschäftigte und bis 50 Millionen Euro Umsatz und kein kleines Unternehmen). Großunternehmen haben über 249 Beschäftigte oder über 50 Millionen Euro Umsatz.^[9] Der MIT veröffentlicht keine Mitgliederliste und keine Auswertung von Unternehmen, die von Mitgliedern repräsentiert werden, nach Größenklassen (Umsatz, Beschäftigte). Dem [Lobbyregister](#) ist zu entnehmen, dass zu den Mitgliedern auch der [Verband der Automobilindustrie/VDA](#) (Mitglieder: Audi, BMW, Porsche, Ford, MAN, Mercedes-Benz, Stellantis, VW), der [Bundesverband Deutscher Banken](#) und die EDEKA Zentrale Stiftung & Co. KG gehören. Der VDA veranstaltet einen eigenen Mittelstandstag für Auto-Zulieferer, zu denen jedoch auch Großunternehmen gehören.^[10]

Für den These, dass sich die MIT auf die speziellen Belange des Mittelstands konzentriert, finden sich sowohl in der Satzung als auch den politischen Forderungen der MIT keine tragfähigen Belege. Vielmehr scheint sie sich für die größenunabhängigen Interessen der Wirtschaft einzusetzen.

Laut § 1 der [Satzung](#) ist der MIT „der organisatorische Zusammenschluss von wirtschaftspolitisch interessierten Personen, insbesondere von Unternehmern, Handwerkern, Gewerbetreibenden, Landwirten, Angehörigen der Freien Berufe und der Leitenden Angestellten sowie von verantwortlich Tätigen in Wirtschaft und Verwaltung.“ Danach können auch Vorstandsmitglieder von Konzernen oder Verbandschefs von konzerndominierte Branchen der MIT beitreten.

Unter „Grundsätze und Ziele“ (§ 3) heißt es: Die „Mittelstands- und Wirtschaftsunion“ will die freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung entsprechend der Idee der Sozialen Marktwirtschaft auf der Grundlage von Freiheit und Verantwortung fortentwickeln. Die „Mittelstands- und Wirtschaftsunion“ sieht als unabdingbare Voraussetzungen für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung folgende Prinzipien an: a) die Subsidiarität staatlichen Handelns, b) die Förderung der Kreativität und der Eigenverantwortung der Bürger durch Staat und Gesellschaft, c) den weitgehenden Verzicht auf staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsleben, d) die Sicherung des Leistungswettbewerbs.

Auf dem Flyer zur Bundestagswahl 2025 wurde für folgende Forderungen gestellt^[11]:

- Unternehmenssteuern auf 25 Prozent senken
- Sozialversicherungsbeiträge wieder auf 25 Prozent senken
- Soli vollständig abschaffen
- Energie bezahlbar machen: Stromsteuern und Netzentgelte absenken
- Lieferkettengesetz abschaffen
- Schuldenbremse einhalten
- Kernenergie weiter erforschen und nutzen
- Gründerschutzzone einführen
- „Fordern und Fördern“ statt Bürgergeld
- Verbindliche Integrationsverträge für Zuwanderer

Im Januar 2024 hat der MIT erstmals gemeinsam mit der CDU eine Wirtschaftskonferenz im Konrad-Adenauer-Haus ausgerichtet.^[12] Auf ein Wirtschaftspanel folgten laut Geschäftsbericht Pitches von fünf Mittelständlern: Bernard Krone aus Spelle, Kenbi aus Berlin, OHB aus Bremen, die UPM Biochemicals aus Leuna und Waschbär aus Mühlhausen. Diese „Mittelständler“ repräsentieren die folgenden Unternehmen:

- Krone Group, Spelle, Nutzfahrzeuge, Konzernumsatz 2024/25: ca. 2,3 Mrd. Euro^[13]
- [Kenbi](#), Berlin, Pflegedienstleister, 850 Beschäftigte, der 2025 Insolvenz angemeldet hat^[14]
- OHB, Bremen, europäischer Raumfahrt- und Technologiekonzern, Umsatz 2024: über 1 Mrd. Euro^[15]
- UPM Biochemicals, Leuna, Umsatz des UPM-Konzerns 2025: ca. 9,6 Mrd. Euro^[16]
- Waschbär, Mühlhausen, Textilservice, Umsatz unter 10 Mio. Euro, 74 Mitarbeiter^[17]

Zumindest bei den drei Umsatzmilliardären handelt es sich zweifelsohne um keine Mittelständler.

Politische Ausrichtung

Grundsatzprogramm

Das [Grundsatzprogramm der MIT](#) trägt den Titel „Der Kompass - Soziale Marktwirtschaft für das 21. Jahrhundert“. Mit ihm möchte die MIT all denjenigen, die sich zur bürgerlichen Mitte zugehörig fühlen, ein neues politisches Angebot unterbreiten. Zur bürgerlichen Mitte gehörten alle, die Verantwortung für sich und

andere übernehmen. Sie wolle mit diesem Programm die Kräfte der bürgerlichen Mitte zusammenführen und ihnen Gehör verschaffen. Kompass der MIT sei die Soziale Marktwirtschaft. Die Marktwirtschaft sei nach dem Grundsatzprogramm aus sich heraus sozial; sie bedürfe keiner umfassenden Sozialpolitik als „Gegengewicht“ oder „Ausgleich“ (Kapitel 2). Weiterhin wird ein schlanker Staat mit einer Staatsquote von 40 % angestrebt; ein europaweiter einheitlicher Mindestlohn wird abgelehnt.

Rechtsgerichteter Journalist Julian Reichelt als „Stargast“ der MIT Südbaden

Am 11. Oktober 2024 veranstalteten die Junge Union Ortenau und die MIT Südbaden eine Talkshow mit Julian Reichelt, Chefredakteur des Netzwerkes Nius, das „vor allem hetzerische und weit rechts einzuordnende Inhalte publiziert“.^[18] Dem Chef eines „Hetzkanals erster Klasse“ eine öffentliche Bühne bieten, hielt ein Sprecher der Südbadischen CDU für keine gute Idee.^[19] Im [Geschäftsbericht 2023 - 2025](#) zum Mittelstandstag berichtet der LV Baden-Württemberg von der Talksow, ohne klar Position zu beziehen: „Am 11. Oktober 2024 fand im Europapark Rust eine kontroverse Veranstaltung mit Julian Reichelt statt, bei der er gesellschaftspolitische Themen offen diskutierte. Trotz Kritik innerhalb der CDU blieb Reichelt uneingeschränkt und sprach über Migration, Meinungsfreiheit und aktuelle politische Entwicklungen. Die Veranstaltung zeigte die unterschiedlichen Meinungen zu Reichelt in der Partei und betonte, dass seine Reden eher Kritik auf journalistischer Basis sind. Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion verteidigt den Wert der Meinungsvielfalt und betont die Bedeutung von Differenzierung in der politischen Einordnung“

Lobbyarbeit

Allgemein

Nach § 2 der [Satzung](#) übt die MIT politischen Einfluss aus über die Zusammenarbeit mit Parlamenten, Behörden, Verbänden und sonstigen Institutionen, die Durchführung von Veranstaltungen, die Herausgabe von Publikationen sowie die Information und Förderung der Willensbildung ihrer Mitglieder. Sie strebt eine Repräsentanz in den Parlamenten sowie in den Gremien der CDU und CSU an, die der Bedeutung des Mittelstandes entspricht. Zur Durchsetzung ihrer Politik unterstützt und berät die MIT insbesondere Parlamentarier aus ihren Reihen. Nach eigenen Angaben ist die MIT der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband.^[20]

Die MIT kooperiert mit dem Parlamentskreis Mittelstand (PKM) und auf europäischer Ebene mit dem Parlamentskreis Mittelstand Europe (PKM Europe) und SME Europe der Europäischen Volkspartei (SME Europe). Nach einem Bericht von der Mitgliederversammlung des belgischen Auslandsverbandes der MIT am 27. Mai 2024 hat sich dieser für die kommenden beiden Jahre zum Ziel gesetzt, nach der Europawahl im Juni die wichtigsten EU-Themen aus Sicht des deutschen Mittelstands in enger und vertrauensvoller Zusammenarbeit mit dem Parlamentskreis Mittelstand im Europäischen Parlament und der europäischen Mittelstandsvereinigung der Europäischen Volkspartei (EVP) [SME-Europe](#) zu begleiten und sein Netzwerk in Brüssel und Berlin weiter auszubauen.^[21]

Parlamentskreis Mittelstand

Die MIT arbeitet eng mit dem [Parlamentskreis Mittelstand](#) (PKM) der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zusammen. Laut [MIT-Satzung](#) entsendet der PKM einen Vertreter in den MIT-Bundesvorstand. Der Geschäftsführer des Parlamentskreises Mittelstand ist Ständiger Gast im MIT-Bundesvorstand.

Die Mitglieder des PKM setzen sich dafür ein, "im vorpolitischen Raum Kontakte zu Unternehmen und Verbänden der mittelständischen Wirtschaft aufzubauen, diese an die CDU/CSU anzubinden, ihre Anliegen in die Arbeit des Parlaments einzubringen und zugleich bei den Verbänden für Zustimmung zu bundespolitischen Entscheidungen zu werben."^[22] Der PKM trifft sich vor den Fraktionssitzungen, um über die Mittelstandsrelevanz anstehender Gesetzesvorhaben und sein Vorgehen zu diskutieren.^[23] Mit 166 Abgeordneten ist der PKM innerhalb der 208 Mitglieder zählenden CDU/CSU-Bundestagsfraktion die größte Parlamentariergruppe.^[24]

Die zentrale Veranstaltungreihe sind die PKM Sommerfeste, zu denen die Mitglieder Unternehmerinnen und Unternehmer aus ihren Wahlkreisen nach Berlin einladen, um mit ihnen die Gespräche aus den Wahlkreisen fortzusetzen und viele neue Kontakte zu ermöglichen.^[25] Gäste des Sommerfestes 2025 waren neben Bundestagspräsidentin Julia Klöckner auch die Bundesministerinnen Dorothee Bär, Karin Prien, Katharina Reiche und Nina Warken sowie die Bundesminister Alexander Dobrindt, Patrick Schnieder, Johann Wadepuhl und Karsten Wildberger.^[26] Zu den Sponsoren des Sommerfests 2025 gehörten auch Großunternehmen und einflussreiche Verbände wie [Gesamtmetall](#), [Deutsche Bank](#), DHL, Lufthansa, Mercedes-Benz, [RWE](#), [Verband der Chemischen Industrie](#) und die Lobbyorganisation [INSM](#).^[27] Die Gelder aus dem Sponsoring fließen an den Förderverein des PKM, der die Feste organisiert.^{[28][29]}

Der Vorstand des PKM setzt sich aus 53 Vertretern aller wirtschaftspolitisch relevanten Ausschüsse des Bundestags zusammen.^[30] Bei den Vorstandssitzungen sind häufig Gäste aus Politik, Verbänden und Unternehmen anwesend.^[31] Zu den Mitgliedern des [Vorstands](#) gehören führende Unionsabgeordnete und zahlreiche Mitglieder der Bundesregierung (Minister:innen/Staatssekretär:innen) wie:

- Christian Frhr. von Stetten, Vorsitzender, Mitglied des Bundesvorstands der MIT, Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrat der CDU](#), Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestags, Mitglied der AG Wirtschaft und Energie der CDU/CSU-Fraktion, Mitglied der AG Kommunalpolitik der CDU/CSU-Fraktion. Laut Handelsblatt hat von Stetten den direkten Draht zum Kanzler, „notfalls auch zu Weihnachten“, wie es heiße.^[32] Von Stetten habe Merz auf seinem Weg ins Kanzleramt unterstützt und im Hintergrund Mehrheiten für ihn organisiert.
- Florian Oßner, 1. Stellv. Vorsitzender, Obmann Haushaltsausschuss
- Caroline Bosbach, Stellv. Vorsitzende, Ausschuss für Landwirtschaft
- Tilmann Kuban, Stellv. Vorsitzender, Vorsitzender der AG Angelegenheiten der Europäischen Union der CDU/CSU-Fraktion
- Kerstin Radomski, Stellv. Vorsitzende, Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags, Mitglied der AG Haushalt der CDU/CSU-Fraktion
- Lukas Krieger, Schatzmeister, Ausschuss für Finanzen
- Albert Rupprecht, Rechnungsprüfer, Stellv. Mitglied im Ausschuss für Finanzen
- Christina Stumpp, Rechnungsprüferin, Stellv. Generalsekretärin der CDU
- Gitta Connemann, Kooptierte, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie und Beauftragte der Bundesregierung für den Mittelstand, Bundesvorsitzende des MIT
- [Philipp Amthor](#), Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung
- Steffen Bilger, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Christian Hirte, Parlamentarischer Staatssekretär Verkehr
- Thomas Jarzombek, Parlamentarischer Staatssekretär Digitalisierung und Staatsmodernisierung
- Patricia Lips, Stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Alois Rainer, Bundeslandwirtschaftsminister

- Julia Köckner, Bundestagspräsidentin
- [Carsten Linnemann](#), CDU-Generalsekretär, Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Mathias Mittelberg, Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Albert Stegemann, Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- [Jens Spahn](#), Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Der [Verein zur Förderung der Arbeit des Parlamentskreises Mittelstand](#) unterstützt die Arbeit des PKM durch die Organisation ihrer Feste. Die Mitglieder des Fördervereins treffen sich zweimal im Jahr - im Januar zum Neujahrsempfang und in der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause des Deutschen Bundestages zum Sommerfest.^[33] Vorstandsmitglieder sind lt. Eintrag im Vereinsregister (AG Charlottenburg VR 31444 B, abgerufen am 12.02.2026):

- Vorsitzender: Christian Freiherr von Stetten, MdB (CDU), Vorsitzender des PMK, Mitglied des Bundesvorstands der MIT
- Stellv. Vorsitzende: Jana Schimke, ehem. MdB (CDU, ehem. Vorstandsmitglied des PMK, Stellv. Vorsitzende der MIT, Hauptgeschäftsführerin der DEHOGA^[34]
- Stellv. Vorsitzender: Sebastian Brehm, ehem. MdB (CSU), Landesvorsitzender der [Mittelstands-Union Bayern](#) (MU), Mitglied im Bundesvorstand der MIT^[35]
- Stellv. Vorsitzender: Tilman Kuban, MdB (CDU), Mitglied im Vorstand des PMK
- Stellv. Vorsitzender: Paul Ziemiak, MdB (CDU), Mitglied im Vorstand des PMK, Generalsekretär der CDU NRW
- Justiziar/Schatzmeister (bis 2025^[36]): [Philipp Amthor](#), MdB (CDU)

Der Förderverein verhält sich intransparent: Die Satzung ist beim Vereinsregister nicht abrufbar. Die Sponsoren der PMK-Feste werden genannt, nicht jedoch die Höhe der Sponsorengelder pro Unternehmen /Verband.^[37]

Parlamentskreis Mittelstand Europe (PKM Europe)

Auch in der Legislaturperiode von 2024-2029 hat sich eine Gruppe von 21 CDU/CSU-Europaabgeordneten zum Parlamentskreis Mittelstand (PKM Europe) zusammengeschlossen.^[38] Über die Aktivitäten informieren die [PKM EUROPE NEWS](#).

Sprecher des PKM Europe sind:

- [Markus Ferber](#) (CSU), Gast im Bundesvorstand der MIT, Stellv. Vorsitzender der MIT-Kommission Europa^[39], Mitglied in mehreren Ausschüssen des EU-Parlaments: Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung, Stellv. Vorsitzender im Unterausschuss für Steuerfragen, Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
- Marion Walsmann (CDU), Vorstandsmitglied der europäischen Mittelstandsvereinigung **SME Europe Group**^[40], Mitglied in mehreren Ausschüssen des EU-Parlaments: Stellv. Vorsitzende im Rechtsausschuss, Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, Stellv. Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie, und im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

SME Europe

SME Europe der Europäischen Volkspartei setzt sich nach eigenen Angaben für die Interessen der kleinen und mittleren Unternehmen ein.^[41] Die Leitung besteht aus dem **Vorstand**, den **Senatoren** und den Arbeitsgruppen. Deutsche Vorstandsmitglieder sind:

- Marion Walsmann (CDU), Sprecherin des Parlamentskreises Mittelstand Europe
- Markus Pieper(CDU), Selbstständiger Dienstleister für Wirtschaftskammern, Unternehmen und Verbände, EU-Koordinator **Europäischer Wirtschaftssenat**, Gründer von SME Europe, Europaabgeordneter bis 2025^[42]

Gesprächskreis mit dem BDI

Die MIT organisiert gemeinsam mit dem **Bundesverband der Deutschen Industrie** (BDI) etwa zweimal im Jahr unter dem Motto „Wirtschaft trifft Politik“ einen vertraulichen Gesprächskreis, bei dem sich Vorstände von Konzernen mit (überwiegend jungen) Politikern von CDU und CSU austauschen.^[43]

Mitwirkung der MIT und der Mittelstands-Union der CSU (MU) bei der Erarbeitung des neuen Grundsatz- und Wahlprogramms der CDU und des Koalitionsvertrags

Im **Geschäftsbericht 2023 - 2025** zum Mittelstandstag wird der politische Einfluss so beschrieben: „Wir, die MIT und die MU, haben gemeinsam wichtige politische Projekte in Grundsatz- und Wahlprogramm der Union und am Ende im Koalitionsvertrag verankert wie die Unternehmenssteuerreform, die Aktivrente, den Bürokratierückbau, das Ende nationaler Alleingänge in der Europapolitik, die Reform des Bürgergeldes oder die Rückkehr zu marktwirtschaftlichem Klimaschutz.“ Zum Grundsatzprogramms der CDU wird weiter ausgeführt: „Bei der Erarbeitung des Grundsatzprogramms waren MIT-Mitglieder in allen Fachkommissionen vertreten. Die MIT-Vorsitzende Gitta Connemann MdB war stellvertretende Leiterin der Fachkommission „Versorgungssicherheit“ und hat an den Klausurtagungen der CDU-Programm-Kommission in Cadenabbia teilgenommen. Aus dem MIT-Präsidium waren etwa Dorin Müthel-Brenncke Mitglied der Fachkommission „Wohlstand“, unser Bundeschatzmeister Michael Littig war in der Fachkommission „Soziale Sicherheit“ aktiv.“ Zum Wahlprogramm wird erläutert: „Die MIT war als die Wirtschaftsvereinigung früh in dessen Erarbeitung eingebunden und hat insbesondere Vorschläge aus den Fachkommissionen, Branchendialogen, Netzwerken sowie von Wirtschaftsverbänden gebündelt und in den Programmprozess eingebracht. Im Ergebnis konnten wir mit dem Wahlprogramm hochzufrieden sein und viele Forderungen im Programm durchsetzen: von der Wirtschafts-, Steuer-, und Energiepolitik über die arbeits- markt-, sozial- und Gesundheitspolitik bis hin zur Europapolitik.“

Positionen zum Klimaschutz

Abschaffung der Klimaneutralität als Klimaschutzziel

MIT und Christliche Arbeitnehmerschaft werben laut Handelsblatt in einem gemeinsamen Antrag für den 38. CDU-Bundesparteitag für eine „Neudefinition des Zieles der ‚Klimaneutralität‘“, die die EU-Kommission verfolgt.^[44] Klimaneutralität müsse heißen: 90 Prozent weniger Emissionen bis 2050. Auch soll Deutschland europäische Vorgaben und Ziele nicht mehr übererfüllen. Vielmehr sollten beim Emissionshandel mehr Zertifikate kostenfrei zugeteilt und die Rechte weniger schnell reduziert werden. Auch sollen internationale Projekte, die helfen, Emissionen einzusparen, „ohne Limitierung“ angerechnet werden. Mit solchen Forderungen wären Teile des Koalitionsvertrages nicht kompatibel.^[45]

Die Überschrift eines „Spiegel“-Artikels lautet: „Diese Kräfte wollen die CDU zur Anti-Klima-Partei machen“.^[46] Die klimapolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, Lisa Baldum, übte scharfe Kritik an dem „Offenbarungseid“: „Wenn der Antrag von CDA und MIT auf dem CDU-Parteitag eine Mehrheit findet, liegt der Unterschied zu den Klima-Leugnern der AfD nur noch in der Wortwahl, nicht aber im Handeln.“^[47]

EU-Emissionsrechtehandel

Im Bericht des MIT-Hauptgeschäftsführers beim 14. Bundesmittelstandtags (27./28.09.2019)^[48] wird die Entstehung und Durchsetzung der eigenen Klimaschutzvorschläge beschrieben: „Die Kommission Energie, Umwelt, Bau und Verkehr unter Leitung von Henning Aretz und der CSU-Bundestagsabgeordneten Daniela Ludwig hat in intensivem Austausch mit Experten ein Konzept erarbeitet, das den EU-Emissionsrechtehandel als wirksamstes Mittel für Klimaschutz befürwortet. Es enthält die Forderung, die bislang nicht im Emissionsrechtehandel befindlichen Sektoren Verkehr und Gebäude in den EU-Emissionsrechtehandel einzubeziehen, notfalls auch zunächst nur in Deutschland. Im Gegenzug sollten andere Sekturmaßnahmen (ordnungsrechtlich vorgegebene Kraftwerksschließungen, Verbot oder Diskriminierung von Antriebstechniken, Tempolimits, Fahrverbote etc.) abgeschafft bzw. vermieden und finanzielle Belastungen (EEG-Umlage, Stromsteuer etc.) beseitigt bzw. reduziert werden. Es soll zu einer völligen Neuausrichtung der Energie- und Klimapolitik kommen, die deutlich marktwirtschaftlicher ausgerichtet ist. Dieses Konzept hat der Bundesvorstand auf seiner Klausurtagung im März 2019 in Kaiserslautern beschlossen. Die in der CDU bis dahin bereits begonnene Debatte um eine CO₂-Steuer konnte dadurch in eine andere Richtung gelenkt werden. Durch ergänzende Vorstandsbeschlüsse und ein von der MIT in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten, das die europarechtliche Machbarkeit des Vorschlags bestätigt, wurde der MIT-Vorschlag weiter befördert. Der Vorschlag fand und findet immer wieder mediale Resonanz“

Konferenz der MIT Dresden und "Tichys Einblick" mit Klimaleugnern als Experten

Die MIT Dresden lud zu einem Expertenforum von "Tichys Einblick" mit dem Titel „Wie retten wir uns vor der Energiewende?“ ein, das am 10. Oktober 2019 tagte.^[49] Roland Tichy gilt als einer der hartnäckigsten Klimafaktenleugner. Claudia Roth (Grüne) hatte im Oktober 2019 in einem Interview mit der "Augsburger Allgemeinen" zu Tichys Einblick folgendes geäußert: „Wir müssen die Stichwortgeber benennen, all diese neurechten Plattformen, deren Geschäftsmodell auf Hetze und Falschbehauptungen beruht - von Roland Tichy über Henryk M. Broder bis hin zu eindeutig rechtsradikalen Blogs“. Die Klage Tichys gegen diese Äußerung wies das Landgericht Stuttgart im Februar 2020 zurück.^[50] Die Süddeutsche Zeitung kommentierte: "Wer in Tichys Einblick liest, dem fällt sehr schnell auf: Auf Präzision wird wenig Wert gelegt, stattdessen dienen - schlampige - Einzelbeobachtungen als Untergrund für pauschalisierende Urteile und zur Pflege von Ressentiments".^[51]

Die im Folgenden genannten Experten im Podium sind überwiegend Klimaleugner und Gegner der Energiewende, die bei „Tichys Einblick“ aktiv sind, als Interviewgeber und Autoren bei der neurechten „Jungen Freiheit“ mitwirken und bei Veranstaltungen der AfD auftreten:

- André Thess, Inhaber des Lehrstuhls für Energiespeicherung an der Universität Stuttgart, Mitglied von [Nuklearia](#), Erstunterzeichner der „Stuttgarter Erklärung“, in der gefordert wird, den Ausstieg aus der Kernenergie rückgängig zu machen^{[52][53]}
- Michael Beckmann, Lehrstuhlinhaber für Energie- und Speicherverfahrenstechnik an der Technischen Universität Dresden, Unterzeichner der „Stuttgarter Erklärung“, in der gefordert wird, den Ausstieg aus der Kernenergie rückgängig zu machen. Er hält die Energiewende für richtig und wichtig^[54]
- Fritz Vahrenholt, Dipl.-Chemiker, ehem. RWE-Manager, prominenter Leugner des menschengemachten Klimawandels^{[55][56][57]}, Referent beim Klimaleugner-Institut [EIKE](#)^[58], Mitglied des [Academic Advisory Council](#) der [Global Warming Policy Foundation](#), unterzeichnete im Herbst 2019 einen von der niederländischen Klimaleugnerorganisation [Clintel](#) verfassten Erklärung, in der behauptet wird, es gäbe keine Klimakrise.^[59] Im Portal [Kalte Sonne](#) schreibt er eine wöchentliche Kolumne. Vahrenholt ist Autor von [Tichys Einblick](#) sowie Interviewgeber der [Jungen Freiheit](#) und deren JF-TV. und hält Vorträge bei der AfD.^[60] Weiterhin ist er Unterstützer der Anti-Windkraft-Initiative [Vernunftkraft](#)^[61]
- Antje Hermenau, Unternehmensberaterin, ehem. Grünen-Politikerin, Senatsbeauftragte Sachsen des [Bundesverbands mittelständische Wirtschaft](#) (BVMW), vertritt die Meinung, dass der Klimawandel erfunden wurde, damit wir nicht aufbegehren und der Deutsche was zu tun hat.^[62] Sie ist Autorin der [Jungen Freiheit](#) und wirkt bei [TichysTalk](#) und [Tichys Ausblick](#) mit. 2016 trat sie in Döbeln als Gast einer AfD-Veranstaltung auf^[63]
- Frank Hennig, früher in Kohlekraftwerken eines großen Versorgers beschäftigt, ist Experte des Atom-Lobby-Verbands [Kernd](#) sowie Referent bei einer Vielzahl von Veranstaltungen der AfD^{[64][65]}, dessen Veröffentlichungen regelmäßig beim Klimaleugner-Institut [EIKE](#) wiedergegeben werden.^[66] Er schreibt Kolumnen bei [Tichys Einblick](#) und ist Interviewpartner der [Jungen Freiheit](#)
- Jörg Petzold, Geschäftsführender Gesellschafter der Optima Maschinenteile-Fertigungstechnik GmbH
- Werner Patzelt, Politikwissenschaftler, von dem sich die Technische Universität Dresden aufgrund seiner AfD-Nähe und seinem Sympathisieren mit der Pegida-Bewegung 2019 getrennt hat^[67], ist Interview-Partner bei [Tichys Einblick](#) sowie Autor der [Jungen Freiheit](#) und war Moderator der Tagung, auf der die „Stuttgarter Erklärung“ initiiert wurde. Beim [FORUM FREIHEIT 2018](#) der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) (Leitung: Roland Tichy) moderierte Patzelt das Panel „Das deutsche und europäische Immigrationsproblem“ mit Gerd Papke, Vera Lengsfeld und Thilo Sarrazin als Referenten

Die „Sächsische Zeitung“ kommentierte die Konferenz wie folgt: „Wenn man dann die frühere sächsische „Grünen-Ikone“ Antje Hermenau hört, die an der Seite von Roland Tichy moderiert - mit spöttischer Bemerkung über einen Unternehmer, der sich als CDU-Mitglied outet („mein Beileid“), sollte vielleicht die sächsische CDU-Spitze spätestens mal überlegen, warum Veranstaltungen unter ihrer „Fahne“ so laufen wie sie zunehmend laufen.“^[68]

Kein Rechtsanspruch auf Lifestyle-Teilzeit

Der Antrag des MIT-Bundesverbandes an den 38. CDU-Bundesparteitag Ende Februar 2026 lautet:

„Der Parteitag möge beschließen:

Die CDU Deutschlands fordert eine Reform der Teilzeit-Regelungen. Der Rechtsanspruch auf (Brücken-) Teilzeit soll zukünftig nur bei Vorliegen einer besonderen Begründung gelten. Besondere Gründe können beispielsweise die Erziehung von Kindern, die Pflege von Angehörigen oder eine berufsbegleitende Fort- und Weiterbildung sein. Nicht besonders begründete Teilzeit kann weiterhin einvernehmlich zwischen den Arbeitsvertragsparteien vereinbart werden – jedoch ohne gesetzlichen Rückkehranspruch in Vollzeit. Für den Bezug ergänzender und aufstockender Sozialleistungen (Grundsicherung, Kinderzuschlag, Wohngeld) soll ein grundsätzlicher Vollzeit-Vorbehalt gelten. Die Kombination von Teilzeit und Sozialleistungen wird nur bei Vorliegen besonderer Gründe möglich sein Die Solidargemeinschaft darf nicht die Work-Life-Balance von Aufstockern finanzieren.“^[69]

Diese Forderung stieß auf vielfältige Kritik. Der SPD-Sozialpolitiker Bernd Ritzel bezeichnete sie als realitätsfremd und rückwärtsgewandt: Wer in Zeiten von Fachkräftemangel auf Zwang statt auf attraktive Arbeitsbedingungen setze, verkenne die Ursachen des Problems und entziehe Beschäftigten ein zentrales Instrument der Selbstbestimmung.^[70] Grünen-Fraktionsvorsitzende Britta Haßelmann kritisierte: „Die Union hat offenbar keine Ahnung, wie die Lebenswirklichkeit von Frauen aussieht“.^[71] Viele von ihnen gäben jeden Tag alles, um den Spagat zwischen Arbeit und Familie hinzubekommen. Der [Bundesverband mittelständische Wirtschaft](#) forderte in einem Brief an Bundeskanzler Merz die Entlassung der MIT-Vorsitzenden Gitta Connemann als Beauftragte der Bundesregierung für den Mittelstand.^[72]

Telefonische Krankschreibung abschaffen

Der Antrag des MIT -Bundesverbandes an den 38. CDU-Bundesparteitag Ende Februar 2026 lautet:

„Der Parteitag möge beschließen:

Die CDU Deutschlands fordert, die Möglichkeit eine Arbeitsunfähigkeit nach telefonischer Anamnese festzustellen, aufzuheben“.^[73] In der Begründung heißt es u.a.: „Mit durchschnittlich 22,3 Krankheitstagen liegen wir in Deutschland weiterhin auf einem Rekordniveau. Ursachen sind u. a. Nachholeffekte bei Infekten, mehr chronische Erkrankungen, psychische Belastungen sowie die elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (eAU), durch die auch Kurzzeit-Erkrankungen statistisch erfasst werden. Großzügige Entgeltfortzahlung, geringe Jobverlustsorgen und Fehlanreize wie die telefonische Krankschreibung gelten zusätzlich als Gründe für die hohe Krankenquote.“

Der Vorsitzende des Hausärzteverbands warnt vor der Abschaffung: "Alle bisherigen Auswertungen der Krankenkassen bestätigen, dass die telefonische Krankschreibung nicht zu einem höheren Missbrauch bei Krankschreibungen führt [...] Wer die telefonische Krankschreibung abschafft, der trägt die Verantwortung dafür, dass sich in Zukunft wieder unzählige Patientinnen und Patienten ohne Not in die Praxen schleppen müssen“.^[74]

Gegner des Lieferkettengesetzes

Deutsches Lieferkettengesetz

Positionierung:

Die MIT positionierte sich 2020 klar gegen ein strenges deutsches Lieferkettengesetz.^[75] Insbesondere wollte die MIT die Zahl der Unternehmen beschränken, für das Lieferkettengesetz gelten sollte. Auch eine tatsächliche zivilgesellschaftliche Haftung bei Verstößen gegen das Gesetz lehnte die MIT ab. Ohne eine solche Haftung wäre das Gesetz aber wirkungslos, wie u.a. die Initiative Lieferkettengesetz kritisierte.^[76]

Darüber hinaus resultiere aus dem Gesetz die „Gefahr einer ausufernden Belastung für die durch die Corona-Krise ohnehin schon stark geschwächte Wirtschaft“, so die MIT.^[75] Führende Ökonomen widersprachen dem.^[77] Der Wirtschaftsweiser Achim Truger bemerkte, dass „Eventuelle nachteilige Effekte so klein sein [würden], dass sie quantitativ im statistischen Rauschen untergehen“.^[78] Der ehemalige Vorsitzende und Ehrenvorsitzender der MIT Hans Michelbach forderte gar die ersatzlose Streichung der Pläne für ein deutsches Lieferkettengesetz.^[79]

Einflussnahme:

Die MIT war maßgeblich an einer konzertierten Briefaktion^[80] des Wirtschaftsflügels der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie von 28 Wirtschaftsverbänden Ende März 2021 beteiligt, in welcher sie die Bundestagsabgeordneten zu einer Abschwächung des deutschen Lieferkettengesetzes aufforderten. Diese Aktion sei „seitens der MIT im Hintergrund koordiniert“, wie das MIT dem BMWi in einer Email vom 25. März 2021 mitteilte, die Misereor und dem Global Policy Forum vorliege.^[81] Diese politisch-wirtschaftliche Zusammenarbeit sei laut einem weiteren Bericht von Misereor^[77] nicht überraschend, wenn man sich die „personellen Überschneidungen“ vergegenwärtige. So seien beispielsweise die beiden stellvertretenden Vorsitzenden des Parlamentskreis Mittelstand Hans Michelbach und Marie-Luise Dött beide Mitglieder des Präsidiums des Handelsverband Deutschland (HDE). Auch der HDE war einer der Unterzeichner des Appells und hatte sich bereits an anderer Stelle gegen ein nationales Lieferkettengesetz positioniert.^[82] Die Tagesschau hatte im Juni 2021 berichtet, dass die konzertierte Lobbyarbeit von Verbänden und Teilen der CDU Erfolg gezeigt hätten, die „Regelungen wurden abgeschwächt“.³ Ein Artikel von LobbControl (2021) über die engen Verbindungen zwischen Unternehmerverbänden und CDU/CSU beim Lieferkettengesetz findet sich [hier](#).

Europäisches Lieferkettengesetz

In ihrem Bericht „Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten“, berichten Misereor, Brot für die Welt und das Global Policy Forum auch beim europäischen Gesetz von einem „konzertierten Vorgehen von Lobbyverbänden und dem Wirtschaftsflügel [der CDU]“.^[77] So hatte sich die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) am 11. März 2021 - vor dem Hintergrund des Gesetzesaufschlags des europäischen Parlaments- in einer Email an das damals von Peter Altmaier (CDU) geführte Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) gewendet. Die Aussage lautete: „Neben den aktuellen Planungen der Bundesregierung zu einem nationalen Lieferkettengesetz gibt es noch besorgniserregendere Planungen des Europaparlaments für eine EU-weite Regelung.“ Weiter hätte die MIT gewarnt: „Damit würden die bisherigen ‚Erfolge‘ (BMWi) in den Verhandlungen über das deutsche Gesetz über Bord geworfen.“ Diese erwähnten „Erfolge“ seien laut dem Bericht von MISEOR nichts anderes als „die Verwässerungen des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes, welche das BMWi mit der Kabinettsmeinung am 3. März 2021 durchgesetzt hatte.“ Die MIT appellierte an das BMWi: „Wir müssen alle Anstrengungen verwenden, Schlimmeres zu verhindern“. Der Bericht von Misereor zeigt auch, dass der damalige Wirtschaftsminister Altmaier ein offenes Ohr für die Positionen der Vereinigung hatte: Eine Videokonferenz zur Planung entsprechender Maßnahmen war bereits für die folgende Woche terminiert, für „eine kleine, aber feine und wichtige Runde“, wie es damals von Altmaier hieß.^[77]

Schattenberichterstatter Axel Voss, MEP

Darüber hinaus hatte die Mittelstands- und Wirtschaftsunion auch in den zuständigen Ausschüssen des europäischen Parlaments Einfluss auf das Gesetz. So saß der EVP-Abgeordnete und zugleich Mitglied der MIT, Axel Voss, als Schattenberichtersteller im zuständigen Justizausschuss. Dieser hatte sich seit Januar 2021 mit 14 verschiedenen Interessenvertretern aus der Wirtschaft (z.B. BDA, DIHK, BPI, BMW) und auch Lobbyagenturen (z.B. B-Connect, welche u.a. die dem Gesetz kritisch gegenüberstehende Chinesische Handelskammer in Deutschland e. V. vertreten^[83]) getroffen. Mit zivilgesellschaftlichen Organisationen oder Umweltverbänden gab es mit Voss (Stand November 2022) nur ein einziges Treffen.^[84]

Forderungen nach "Belastungsstopp für die Wirtschaft"

Im März 2022 forderte die MIT angesichts des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine einen "Belastungsstopp für die Wirtschaft" bzw. weitergehend Entlastungen von Unternehmen.^[85] Kurz vorher hatte die MIT "in Zusammenarbeit mit 25 Wirtschaftsverbänden" eine umfangreiche Forderungsliste veröffentlicht. [Liste mit EU-Regulierungen mit belastenden Auswirkungen auf Wirtschaft und Verbraucher \(DE\)](#) Darin positioniert sich die MIT beispielsweise gegen das europäische Lieferkettengesetz: "Sorgfaltspflichten entlang der gesamten Wertschöpfungskette sind betriebspraktisch nicht darstellbar, schon Sorgfaltspflichten über die erste Zuliefererstufe hinaus sind illusorisch."^[86] Anders ist die Sicht von über 100 Unternehmen und Investoren auf das EU-Lieferkettengesetz: Ein wirksames Gesetz inkl. Haftungsregeln werde zu Rechtssicherheit und gleichen Wettbewerbsbedingungen beitragen und sicherstellen, dass für alle der gleiche Standard gelte.^[87]

Rundfunkreform

Mit Beschluss vom 17. März 2021 hat der MIT-Bundesvorstand ein [Reformkonzept](#) zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk verabschiedet. Ziel sei ein Rundfunk, der sich auf den Kern seiner öffentlichen Aufgabe konzentriert. Die Reformvorschläge sehen u.a. vor:

- Das Informations, Bildungs- und Kulturangebot muß gestärkt und verbessert werden, z. B. durch mehr Korrespondenten im In- und Ausland
- Mit Blick auf die Kosten ist für die Übertragung von Sportereignissen darauf zu achten, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht zu einem Wettbewerb beiträgt, der den Erwerb der Rechte immer teurer macht
- Das Unterhaltungsangebot sollte sich nicht am Wettbewerb mit privaten Anbietern um die höchsten Einschaltquoten orientieren, sondern am öffentlichen Auftrag des beitragsfinanzierten Rundfunks.
- Angestrebt wird die Zusammenlegung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten unter einem Dach, d. h. ARD und ZDF sollen fusionieren. Die künftige Sendeanstalt bietet verschiedene nationale Programme (Voll- und Spartenprogramme) und regionale Fenster an
- Es gibt keinerlei Werbung und Sponsoring
- Es gibt einen niedrigeren Rundfunkbeitrag pro Person, juristische Personen sind befreit

An der Ausarbeitung des Reformkonzepts waren [Carsten Linnemann](#) (MIT-Vorsitzender), Stefan Müller (Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Bundestagsfraktion) und der Wettbewerbsökonom [Justus Haucap](#) Haucap beteiligt^[88], der an einer Kampagne zur weitgehenden Privatisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mitgewirkt hat.^[89] Aus seiner Sicht ist ein öffentlich finanziert Rundfunk nicht zwingend notwendig.^[90] Der maßgebliche Vorstandsbeschluss enthält ein grundsätzliches Bekenntnis zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Sponsoring

Veranstaltungsformate und Optionen

Laut [Sponsoring-Anfrage](#) können folgende Veranstaltungsformate gesponsert werden:

- Parlamentarischer Abend der MIT/Deutscher Mittelstandspreis
- MIT:FUTURA
- Bundesmittelstandstag
- Sonstige Veranstaltungen

Als Sponsoringoptionen werden genannt:

- Aussteller
- Logosponsoring
- Sachsponsoring

Beispiel: Bundesmittelstandstag

Die Sponsoren des Bundesmittelstandstages 2025 sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören:

- [Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft \(bdew\)](#)
- [Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft e.V.](#)
- [Bundesverband EnergieMittelstand UNITI](#)
- [Deutsche Vermögensberatung](#)
- [Die Familienunternehmer](#)
- [steag igony group](#)
- [Verband der Automobilindustrie](#)

Mitglieder

Die MIT hat ca. 25.000 Mitglieder, von denen etwa die Hälfte zugleich Mitglied bei CDU oder CSU ist.^[91] Das „typische MIT-Mitglied“ ist Unternehmer oder sonstige Führungskraft, vor allem aus politischen Gründen in der MIT, zwischen 50 und 60 Jahre alt, seit mindestens 10 Jahren MIT-Mitglied, engagiert, spendenbereit und mit den Angeboten und der Ausrichtung der MIT sehr zufrieden.^[92] Laut [Eintrag im Lobbyregister](#) gehören zu den Mitgliedern der MIT der [Verband der Automobilindustrie](#) (Mitglieder; Audi, BMW, Porsche, Ford, MAN, Mercedes-Benz, Stellantis, VW), Bundesverband der Deutschen Spirituosen-Industrie und-Importeure, Immobilienverband Deutschland IVD Bundesverband der Immobilienberater, EDEKA Zentrale Stiftung & Co. KG, [Bundesverband Deutscher Banken](#), Bundesverband der Freien Berufe

Bundesmittelstandstag

Das höchste Organ der MIT ist laut Satzung der Bundesmittelstandstag, der aus 450 gewählten stimmberechtigten Delegierten besteht, zu denen auch Vertreter der Arbeitsgemeinschaft [Mittelstands-Union](#) der CSU (MU) gehören. Er nimmt die Geschäftsberichte und Prüfungsberichte entgegen und erteilt Entlastung.

Der Geschäftsbericht mit Tagungsunterlagen für den Bundesmittelstandstag 2025 ist [hier](#) abrufbar. Auf dem Mittelstandstag sind auch Wirtschaftsverbände mit eigenen Informationsständen vertreten (Beispiel: Bundesverband EnergieMittelstand (UNITI).^[93]

Bundesvorstand

Zusammensetzung

Der **Bundesvorstand** besteht satzungsgemäß aus den folgenden Mitgliedern:

- a) dem/den Ehrenvorsitzenden
- b) dem Bundesvorsitzenden
- c) den 6 Stellv. Bundesvorsitzenden, von denen einer auf alleinigen Vorschlag der Arge [Mittelstands-Union der CSU](#) (MU) gewählt wird
- d) einem vom Parlamentskreis Mittelstand der CDU/CSU Bundestagsfraktion (PKM) zu benennenden Vertreter
- e) dem Bundesschatzmeister
- f) dem Hauptgeschäftsführer
- g) dem Mitgliederbeauftragten
- h) 35 weiteren Mitgliedern

Mitglieder des Bundesvorstands

Die Mitglieder des Bundesvorstands sind [hier](#) abrufbar.

Bundesvorsitzende ist [Gitta Connemann](#), MdB (CDU), Rechtsanwältin, Mitglied des Parlamentskreises Mittelstand (PMK), Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie und Beauftragte der Bundesregierung für den Mittelstand. Ihr Vorgänger war [Carsten Linnemann](#).

Stellv. Vorsitzende sind u.a.

- Matthias Heider, Co-Vorsitzende der Kommission Wirtschaft/Handwerk/Handel/Tourismus, Rechtsanwalt, Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU), Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestags, Mitglied im Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Vorsitzender der Parlamentariergruppe USA
- Jana Schimke, Co-Vorsitzende der Kommission Arbeit/Soziales, Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU), Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestags, Stv. Vorsitzende CDU Brandenburg, Vorstandsmitglied im Parlamentskreises Mittelstand, ehem. Mitarbeiterin der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (Abteilung Arbeitsmarktpolitik)
- Ruth Baumann^[94]
- Sebastian Brehm, MdB CSU^[95]
- Christoph Fay^[96]
- Dorin Müthel-Brenke^[97]
- Vertreter des Parlamentskreises Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (PMK): Christian Frhr. von Stetten, MdB
- Bundesschatzmeister: Michael Littig^[98]
- Hauptgeschäftsführer: Stefan Lange

Gäste im Bundesvorstand:

- Oliver Zander, Hauptgeschäftsführer von [Gesamtmetall](#)^[99]
- Florian Lemor, Hauptgeschäftsführer der Bundeszahnärztekammer^[100]
- Sylvia Mein, Geschäftsführerin des Deutschen Steuerberaterverbands^[101]
- Elmar Forster, Vorsitzender des Fachwerknetzwerkes Handwerk^[102]
- Andrea Klieve, Geschäftsführerin apodirect GmbH (Deutsche Apotheker- und Ärztebank e.G.)^[103]

Beisitzer im Bundesvorstand

Viele der Beisitzer sind unternehmerisch tätig; einige sind auch im Wirtschaftsrat der CDU aktiv. [Thomas Köster](#) ist Vorstandsmitglied der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)

Präsidium

Die in der Satzung unter Buchst. a) bis f) genannten Mitglieder des Bundesvorstands sowie 3 weitere Mitglieder, die der Bundesvorstand aus seiner Mitte wählt, bilden das Präsidium.

Auslandsverband Belgien

Vorsitzender der Brüsseler Zweigstelle ist Bastian Biermann, Leiter der Stabsstelle Europa im PKV-Verband.
^{[104][105]}

Kommissionen

Die politischen Positionen werden in den folgenden Kommissionen erarbeitet, in denen Politiker und Vertreter der Wirtschaft zusammenarbeiten:

- **Arbeit/Soziales:** Oliver Zander, Co-Vorsitzender der Kommission und Gast im Bundesvorstand, ist Hauptgeschäftsführer von [Gesamtmetall](#)^[106]
- **Energie/Klimaschutz/Umwelt:** Peter Meyer, Co-Vorsitzender der Kommission, ist Leiter Außenbeziehung bei [Zukunft Gas](#)^[107]
- **Gesundheit/Pflege:** Florian Lemor, Co-Vorsitzender der Kommission und Gast im Bundesvorstand, ist Hauptgeschäftsführer der Bundeszahnärztekammer^[108]
- **Steuern/Haushalt/Finanzen:** Sylvia Mein, Co-Vorsitzende der Kommission und Gast im Bundesvorstand, ist Geschäftsführerin des Deutschen Steuerberaterverbands.^[109] Mitglied der Kommission ist der [Bundesverband Deutscher Banken](#) ^[110]
- **Wirtschaft/Innovation/Handwerk/Handel/Tourismus:** Elmar Forster, Co-Vorsitzender der Kommission und Gast im Bundesvorstand, ist Co-Vorsitzender des Fachnetzwerkes Handwerk^[111]

Kommissionen wurden auch auf Länderebene gegründet, so beim Landesverband Hessen. Deren "Kommission Digitales" wird von Steffen Reitz, MIT-Beisitzer, geleitet, dessen [Steffen Reitz Consulting](#) Spitzenunternehmen im Bereich Banken, Finanzdienstleistungsunternehmen und im öffentlichen Bereich berät. Ziel der Kommission ist es, im Gleichklang mit dem „Hessischen Ministerium für Digitalisierung und Innovation“ Hessen voranzubringen.^[112]

Finanzen

Die MIT finanziert ihre politische Arbeit aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und anderen Einnahmen. Für die Annahme von Spenden gelten die gesetzlichen Bestimmungen und §§ 5 - 8 der Finanz- und Beitragsordnung der CDU. 2024 betragen die Einnahmen ca. 1,3 Mio. Euro, die Ausgaben ca.1,4 Mio. Euro.^[113]

Weiterführende Informationen

- [CDU-Wirtschaftsflügel: Einfallstor für Konzerninteressen](#),

Einzelnachweise

1. ↑ [Bundesmittelstandstag 2025](#), mit-bund.de, abgerufen am 24.02.2026
2. ↑ [Oliver Zander](#), mit-bund.de, abgerufen am 21.02.2026
3. ↑ [Chefwechsel beim Lobbyclub der Industrie](#), tagesspiegel.de vom 26.11.2022, abgerufen am 22.02.2026
4. ↑ [MIT](#), mit-wf.de, abgerufen am 13.02.2026
5. ↑ [Parlamentskreis Mittelstand 2025](#), cduscsu.de, abgerufen am 12.02.2026
6. ↑ [Präsidium](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 14.02.2026
7. ↑ [Diese Kräfte wollen die CDU zur Anti-Klima-Partei machen](#), spiegel.de vom 23.01.2026, abgerufen am 26.01.2026
8. ↑ [Glückwunsch!](#), mit-bund.de vom 22.01.2022, abgerufen am 29.01.2025
9. ↑ [Kleine und mittlere Unternehmen](#), destatis.de, abgerufen am 21.02.2026
10. ↑ [VDA Mittelstandstag](#), vda.de, abgerufen am 24.02.2026
11. ↑ [Bundesmittelstandstag 2025](#), mit-bund.de, abgerufen am 21.02.2026
12. ↑ [Bundesmittelstandstag 2025](#), mit-bund.de, abgerufen am 21.02.2026
13. ↑ [Geschäftsbericht 2024/25](#), krone-group.com, abgerufen am 20.02.2026
14. ↑ [Insovenzverfahren](#), haesliche-pflege.net vom 31.03.2025, abgerufen am 21.02.2026
15. ↑ [Geschäftsbericht 2024](#), abgerufen am 20.02.2026
16. ↑ [UMP Finanzbericht 2025: Positiver Jahresabschluss - starker Cashflow](#), upm.com vom 04.02.2026, abgerufen am 20.02.2026
17. ↑ [Waschbär GmbH](#), wer-zu-wem.de, abgerufen am 21.02.2026
18. ↑ [„Stargast“ Julian Reichelt heute bei Talkshow im Europa-Park – heftige Kritik an Junger Union](#), merkur.de vom 11.10.2024, abgerufen am 08.02.2026
19. ↑ [„Stargast“ Julian Reichelt heute bei Talkshow im Europa-Park – heftige Kritik an Junger Union](#), merkur.de vom 11.10.2024, abgerufen am 08.02.2026
20. ↑ [Unsere Mitglieder](#), mit-bund.de, abgerufen am 13.05.2021
21. ↑ [MIT Belgien wählt Bastian Biermann zum Vorsitzenden](#), mit-belgien vom 27.05.2024, abgerufen am 29.01.2026
22. ↑ [Parlamentskreis Mittelstand](#), kas.de, abgerufen am 13.02.2026
23. ↑ [Parlamentskreis Mittelstand 2024](#), cduscsu.de, abgerufen am 12.02.2026
24. ↑ [Parlamentskreis Mittelstand 2025](#), cduscsu.de, abgerufen am 12.02.2026
25. ↑ [PKM Journal Juli 2025](#), pkm-sommerfest.de, abgerufen am 12.02.2026
26. ↑ [PKM Journal Juli 2025](#), pkm-sommerfest.de, abgerufen am 13.02.2026
27. ↑ [Sponsoren](#), pkm-sommerfest.de, abgerufen am 12.02.2026
28. ↑ [Das PKM-Sommerfest](#), pkm-sommerfest.de, aberufen am 06.03.2026

29. ↑ [CDU-Wirtschaftsflügel: Einfallstor für Konzerninteressen](#), lobbycontrol.de vom 05.03.2026, abgerufen am 06.03.2026
30. ↑ [Parlamentskreis Mittelstand 2025](#) cduscsu.de, abgerufen am 12.02.2026
31. ↑ [Parlamentskreis Mittelstand 2024](#), cduscsu.de, abgerufen am 12.02.2026
32. ↑ [Wie der Wirtschaftsflügel in der CDU zum Machtzentrum wurde](#), handelsblatt.com vom 25.01.2026, abgerufen am 01.02.2026
33. ↑ [PKM Journal Juli 2025](#), pkm-sommerfest.de, abgerufen am 13.02.2026
34. ↑ [Jana Schimke wird neue Hauptgeschäftsführerin des DEHOGA Bundesverbands](#), dehoga-berlin.de vom 04.09.2025, abgerufen am 12.02.2026
35. ↑ [Sebastian Brehm](#), sebastianbrehm.de, abgerufen am 12.02.2026
36. ↑ [Philipp Amthor](#), bundestag.de, abgerufen am 11.02.2026
37. ↑ [CDU-Wirtschaftsflügel: Einfallstor für Konzerninteressen](#), lobbycontrol.de vom 05.03.2026, abgerufen am 06.03.2026
38. ↑ [Parlamentskreis Mittelstand Europe](#), cduscsu.eu, abgerufen am 29.01.2026
39. ↑ [Markus Ferber MdEP](#), mit-bund.de, abgerufen am 16.02.2026
40. ↑ [Board](#), smeeurope.eu, abgerufen am 01.02.2026
41. ↑ [About](#), smeeurope.eu, abgerufen am 16.02.2026
42. ↑ [EU Koordinator](#), wec-iws.de, abgerufen am 16.02.2026
43. ↑ [Wir sind alle Wirtschaft 14. Bundesmittelstandstag 27./28.09.2019](#), mit-bund.de, abgerufen am 14.05.2021
44. ↑ [CDU will den Begriff „klimaneutral“ neu definieren](#), handelsblatt.com vom 14.01.2026, abgerufen am 26.01.2026
45. ↑ [Verabschiedet sich die CDU von den Klimazielen](#), sueddeutsche.de vom 20.01.2026, abgerufen am 26.01.2026
46. ↑ [Diese Kräfte wollen die CDU zur Anti-Klima-Partei machen](#), spiegel.de vom 23.01.2026, abgerufen am 26.01.2026
47. ↑ [Verabschiedet sich die CDU von den Klimazielen](#), sueddeutsche.de vom 20.01.2026, abgerufen am 26.01.2026
48. ↑ [Wir sind alle Wirtschaft 14. Bundesmittelstandstag 27./28.09.2019](#), mit-bund.de, abgerufen am 14.05.2021
49. ↑ [Einladung zu Tichys Einblick „Wie retten wir uns vor der Energiewende?“](#), mit-dd.de vom 20.09.2022
50. ↑ [Roland Tichy scheitert mit Klage gegen Claudia Roth](#), zeit.de vom 21.02.2020, abgerufen am 12.10.2022
51. ↑ [Eklat um Preisvergabe](#), sueddeutsche.de vom 16.06.2018, abgerufen am 13.10.2022
52. ↑ [Vorwurf: Zu große Nähe zu Klimaleugnern](#), focus.de vom 29.07.2022, abgerufen am 11.10.2022
53. ↑ [Nuklearia](#), facebook.com , abgerufen am 11.10.2022
54. ↑ [Bizarre Klimakonferenz in Stuttgart](#), kontextwochenzeitung.de vom 13.07.2022, abgerufen am 12.10.2022
55. ↑ [Klimafaktenleugner](#), deutschlandfunk.de vom 11.10.2020, abgerufen am 11.10.2022
56. ↑ [Wie Fritz Vahrenholt den Bundestag für dumm verkaufen wollte](#), scilogs.spektrum.de vom 12.09.2019, abgerufen am 11.10.2022
57. ↑ [Wie redlich ist Vahrenholts Buch „Die kalte Sonne“?](#), klimafakten.de, abgerufen am 14.10.2022
58. ↑ [Fritz Vahrenholt: Warum die deutsche Energiewende verantwortungslos ist](#), eike-klima-energie.eu], abgerufen am 11.10.2022
59. ↑ [Es gibt keinen Klimanotstand](#), clintel.org, abgerufen am 11.10.2022
60. ↑ [AfD Kreisverband Vulkaneifel](#), facebook.com vom 21.10.2020, abgerufen am 12.10.2022
61. ↑ [Menschen](#). vernunftkraft.de, abgerufen am 14.10.2022

62. ↑ [Bizarre Klimakonferenz in Stuttgart](#), kontextwochenzeitung.de vom 13.07.2022, abgerufen am 12.10.2022
63. ↑ [Antje Hermenau am AfD-Stammtisch](#), saechsiche.de vom 16.09.2016, abgerufen am 13.10.2022
64. ↑ [Die Sächsische AfD-Landtagsfraktion informierte über die Energiewende](#), afd-nordsachsen.de, abgerufen am 12.10.2022
65. ↑ [AfD-Fraktion vor Ort: Energiewende - Die Wende ins Ende?](#), afd-mittelsachsen.de, abgerufen am 12.10.2022
66. ↑ [Frank Hennig](#), eike-klima-energie.eu, abgerufen am 12.10.2022
67. ↑ [Dresdner Politikwissenschaftler](#), focus.de vom 19.01.2019, abgerufen am 11.10.2022
68. ↑ [Politik in Sachsen - Die Morgenlage](#), saechsische.de vom 11.10.2022, abgerufen am 13.10.2022
69. ↑ [Kein Rechtsanspruch auf Lifestyle-Teilzeit](#), mit-bund.de, abgerufen am 26.01.2026
70. ↑ [CDU-Flügel fordert Ende von „Lifestyle-Teilzeit“](#), sueddeutsche.de vom 25.01.2026, abgerufen am 26.01.2026
71. ↑ [CDU-Flügel fordert Ende von „Lifestyle-Teilzeit“](#), sueddeutsche.de vom 25.01.2026, abgerufen am 26.01.2026
72. ↑ [Kritik an Connemann Ein Brandbrief des Mittelstands an Kanzler Merz](#), zdfheute.de vom 06.02.2026, abgerufen am 24.02.2026
73. ↑ [Telefonische Krankschreibung abschaffen](#), mit-bund.de, abgerufen am 26.01.2026
74. ↑ [Hausärzte warnen vor Abschaffung](#), tagesschau.de vom 21.01.2026, abgerufen am 26.01.2026
75. ↑ ^{75,075,1} [UNVERHÄLTNISSMÄßIGES LIEFERKETTENGESETZ VERHINDERN](#) mit-bund.de vom 18.09.2020, abgerufen am 23.11.2022
76. ↑ [Faktencheck: Initiative Lieferkettengesetz widerlegt irreführende Behauptungen von Wirtschaftsverbänden zur Unternehmenshaftung – Lieferkettengesetz ohne Haftung wirkungslos](#) lieferkettengesetz.de vom 02.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
77. ↑ ^{77,077,177,277,3} [Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten S.6](#), misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022
78. ↑ [Ökonom zu Lieferkettengesetz: „Das ist eine Frage des Anstands“](#) taz.de vom 17.09.2020, abgerufen am 23.11.2022
79. ↑ [CSU-Finanzexperte - "Nadelstiche" gegen Firmen wegen Corona beenden](#) reuters.com vom 13.03.2020, abgerufen am 23.11.2022
80. ↑ [Streit um Lieferkettengesetz eskaliert: Verbände und Unionspolitiker proben den Aufstand](#) handelsblatt.de vom 06.04.2021, abgerufen am 23.11.2022
81. ↑ [Armin Paasch & Karolin Seitz: Deutsche Wirtschaftslobby gegen wirksames EU-Lieferkettengesetz](#), Global Policy Forum & Misereor, February 2022. globalpolicy.org, abgerufen am 07.11.2022
82. ↑ [Lieferkettengesetz auf europäischer Ebene ausgestalten](#) ehdv.de vom 17.02.2021, abgerufen am 10.11.2022
83. ↑ [Lobbyregister: B-Connect](#)lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 23.11.2022
84. ↑ [Transparency](#) europa.eu, n.D., abgerufen am 23.11.2022
85. ↑ [Belastungsstopp jetzt: Unternehmen in der Krise nicht weiter belasten](#), mit-bund.de vom 31.03.2022, abgerufen am 20.05.2022
86. ↑ [Liste mit EU-Regulierungen mit belastenden Auswirkungen auf Wirtschaft und Verbraucher](#) mit-bund.de vom 10.03.2022, abgerufen am 20.05.2022
87. ↑ [Mehr als 100 Unternehmen und Investoren fordern wirksames EU-Sorgfaltspflichtengesetz](#), business-humanrights.org, Unternehmens-Statment als pdf (engl.), abgerufen am 20.05.2022
88. ↑ [Für eine umfassende Rundfunkreform Zu groß, zu teuer](#), Mittelstandsmagazin 01/21, mit-bund.de, abgerufen am 21.05.2021

89. ↑ [Eine Liberale Rundfunkordnung für die Zukunft Gutachten im Auftrag von PROMETHEUS September 2015](#), zwangsbeitrag.info., abgerufen am 21.06.2021
90. ↑ [Für eine umfassende Rundfunkreform Zu groß, zu teuer](#), Mittelstandsmagazin 01/21, mit-bund.de, abgerufen am 21.05.2021
91. ↑ [17. Bundesmittelstandstag der Mittelstands- und Wirtschaftsunion \(MIT\) in Köln](#), mit-bund.de vom 26.09.2025, abgerufen am 14.02.2026
92. ↑ [Mitglieder](#), mit-bund.de, abgerufen am 21.02.2026
93. ↑ [UNITI auf dem Bundesmittelstandstag](#), uniti.de, abgerufen am 24.02.2026
94. ↑ [Ruth Baumann](#) mit-bund, abgerufen am 13.02.2024
95. ↑ [Sebastian Brehm](#) mit-bund, abgerufen am 13.02.2024
96. ↑ [Chritoph Fay](#), mit-bund.de, abgerufen am 26.01.2026
97. ↑ [D. Müthel-Brennke](#) mit-bund, abgerufen am 13.02.2024
98. ↑ [Michael Littig](#), mit-bund.de, abgerufen am 26.01.2026
99. ↑ [Oliver Zander](#), mit-bund.de, abgerufen am 21.02.2026
100. ↑ [Peter Meyer](#), mit-bund.de, abgerufen am 21.02.2026
101. ↑ [Sylvia Mein](#), mit-bund.de, abgerufen am 21.02.2026
102. ↑ [Elmar Forster](#), mit-bund.de, abgerufen am 21.02.2026
103. ↑ [Andrea Klieve](#), mit-bund.de, abgerufen am 21.02.2026
104. ↑ [Auslandsverbände](#), mit-bund.de, abgerufen am 29.01.2026
105. ↑ [Rechenschaftsbericht 2025](#), pkv.de, abgerufen am 29.01.2026
106. ↑ [Oliver Zander](#), mit-bund.de, abgerufen am 21.02.2026
107. ↑ [Peter Meyer](#), mit-bund.de, abgerufen am 21.02.2026
108. ↑ <https://www.mit-bund.de/content/florian-lemor> Florian Lemor], mit-bund.de, abgerufen am 21.02.2026
109. ↑ [Sylvia Mein](#), mit-bund.de, abgerufen am 21.02.2026
110. ↑ [Bundesverband Deutscher Banken](#), lobbyregister.de, abgerufen am 23.02.2026
111. ↑ [Elmar Forster](#), mit-bund.de, abgerufen am 21.02.2026
112. ↑ [Digitales](#), mit-hessen.de, abgerufen am 22.02.2026
113. ↑ [Geschäftsbericht 2023 - 2025, Anlage zum Bericht des Bundesschatzmeisters](#), mit-bund.de, abgerufen am 29.01.2026

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Die **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** ist eine PR- und Lobby-Organisation, die von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie ([Gesamtmetall](#)), zu der auch die Automobilindustrie gehört, finanziert wird.

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Das operative Geschäft wird von der INSM GmbH betrieben, deren Muttergesellschaft die [Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH](#) ist.^[1] Für ihre im Auftrag von Gesamtmetall betriebene Lobbyarbeit erhielt die INSM im Jahr 2024 zwischen 5.650.000 und 5.700.000 Euro.^[2] Die Gesamtzahlungen summierten sich seit 2000 auf rund 100 Mio. Euro.^[3]

Die INSM platziert ihre politischen Botschaften bei Entscheidungsträger:innen und in der Bevölkerung und will u. a. erreichen, dass der Arbeitsmarkt, Sozial- und Tarifpolitik und das Bildungswesen stärker an den Bedürfnissen von Unternehmen und am Wettbewerb ausgerichtet werden. Das beinhaltet auch die Abschwächung von klimapolitischen Regulierungen.

Die INSM greift seit einigen Jahren mit hohem finanziellen Aufwand über entsprechende Kampagnen in den Wahlkampf zugunsten wirtschaftsnaher Parteien ein und verändert dadurch die Erfolgchancen der Parteien im Wettbewerb um Wählerstimmen. So arbeitete bei der Agentur Commarco Communications ein maßgeschneidertes Team exklusiv für die INSM, das projektbezogen von Spezialisten aus der Commarco-Gruppe unterstützt wurde.^[4]

Die polemischen Kampagnen der INSM werden auch in der wirtschaftsnahen Presselandschaft zum Teil kritisch gesehen. So heißt es 2021 in der "Wirtschaftswoche": "Wenn die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) den politischen Markt betritt, um in den Wettbewerb mit ihren ideologischen Feinden zu treten, bringt sie verlässlich nichts mit von dem, was die Initiatoren der Sozialen Marktwirtschaft im Jahr 1957 im Sinne hatten: weder Ehrlichkeit noch Fairness, schon gar nicht Ritterlichkeit und Maß".^[5]

Die INSM hat sich unter ihrem neuen Geschäftsführer Thorsten Alsleben (CDU) nach eigenen Angaben 2023 neu aufgestellt und räumt ein, dass sie sich früher im Ton vergriffen habe und Marketingmaßnahmen nicht immer transparent gewesen seien.^[6] Kampagnen, welche einzelne Politiker individuell angreifen, gehörten der Vergangenheit an. Der „Tagesspiegel“ hat bereits Ende 2022 befürchtet, dass die INSM mit Alsleben nach rechts rücken könnte.^[7] Diese Einschätzung scheint sich zu bestätigen. So war die INSM Partner der [Berlin Campaign Conference](#), die die Bildung von Mitte-rechts-Kooperationen auf internationaler Ebene zum Ziel hatte.^[8] Ein weiterer Partner war die rechte Denkfabrik [Heritage Foundation](#), die in ihrem "Project 2025" eine Blaupause für den autoritären Umbau des Staates in den USA entwickelt hat.^{[9][10]}

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)



Rechtsform	GmbH
Tätigkeitsbereich	Propagierung marktliberaler Reformen
Gründungsdatum	2000
Hauptsitz	Georgenstraße 22, 10117 Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	insm.de

Inhaltsverzeichnis

1 Eigene Außendarstellung der INSM	30
2 Entstehungsgeschichte	31
3 Ziele	31
4 Organisationsstruktur und Personal	32
4.1 Team	32
4.1.1 Geschäftsführer Thorsten Alsleben	32
4.1.2 weitere Mitglieder	33

4.2 Paten	34
4.3 Wissenschaftliche Beratung	34
5 Aktivitäten	34
5.1 Studien	34
5.2 ÖkonomenBlog	34
5.3 Veranstaltungen	34
5.4 Unterrichtsmaterialien und Bildung	35
5.5 Aktivitäten zu Bundestagswahlen	35
6 Politische Kampagnen	36
6.1 2025: Unterstützung der Initiative Transparente Demokratie	36
6.2 Kampagne zum "Bürokratieabbau" 2024	36
6.3 Anzeigenkampagne gegen das Lieferkettengesetz 2021	36
6.4 Anzeigenkampagne gegen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock 2021	37
6.5 Anzeigenkampagne gegen Olaf Scholz 2021	37
6.6 Kampagne "12 Fakten zur Klimapolitik" 2019	38
6.7 Kampagnen gegen einen "politischen Mindestlohn"	38
6.8 Kampagnen zum Thema Rente	38
6.9 Einschaltung von Agenturen	38
7 Auftritte bei Parteitagen von CDU, SPD und FPD	39
8 Internationale Verbindungen	39
8.1 Partner der Berlin Campaign Conference 2024	39
9 Kritik an der INSM	40
9.1 Bundestagswahlkampf 2017: Verfälschung der Steuerpläne der SPD	40
9.2 Verhältnis zu den Medien	40
9.3 Schleichwerbung	41
9.4 Einschüchterung von Journalist:innen	41
9.5 Einwirkung auf Suchmaschinen	41
9.6 Falsche Darstellung von TTIP-Studien	41
10 Aufgelöste/inaktive Gremien	42
10.1 Beirat	42
10.2 Kuratorium	42
10.3 Förderverein	42
10.4 Botschafter:innen	44
11 Zitate	47
12 Weiterführende Informationen	48
13 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	48
14 Einzelnachweise	48

Eigene Außendarstellung der INSM

Die INSM bezeichnet sich als „parteiübergreifende Reforminitiative“.^[11] Der Begriff "Initiative" ist missverständlich. Im Allgemeinen versteht man unter Initiative den Zusammenschluss von Personen zur Durchsetzung ihrer gemeinsamen Ziele (z. B. Bürgerinitiative). Bei [Gesamtmetall](#), die die INSM gegründet hat und finanziert, handelt es sich dagegen um einen Zusammenschluss von Unternehmen zur

Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen, d.h. um eine klassische Lobbyarbeit. Für die Unterstützung dieser Ziele sind zwar grundsätzlich Mitglieder aller Parteien willkommen, doch zeigt die Parteizugehörigkeit der in der INSM aktiven Personen, dass fast alle Parteimitglieder dem Wirtschaftsflügel der CDU zuzurechnen sind. Irreführend ist auch der Hinweis auf die Verbundenheit mit dem Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft soll ja gerade in eine Marktwirtschaft pur umgestaltet werden, in der für die herkömmliche Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit kein Platz mehr ist.

Entstehungsgeschichte

Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie ([Gesamtmetall](#)), zu der auch die Automobilindustrie gehört, gründeten im Dezember 1999 die berolino.pr GmbH. Sie wurde mit dem Aufbau und der Leitung einer Reforminitiative betraut.^[12] Seit Herbst 2000 betreibt die GmbH ihre Kampagne unter der Bezeichnung „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH“ (INSM). Alleingesellschafterin von berolino.pr/INSM ist das Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, in der die publizistischen und PR-Aktivitäten des [Institut der deutschen Wirtschaft](#) gebündelt sind.^[13] 2007 firmierte die berolino.pr GmbH in INSM Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH um. 2010 wurde der Sitz der Initiative von Köln nach Berlin verlegt.

Ziele

Nach klassischem Verständnis ist die Soziale Marktwirtschaft eine ordnungspolitische Konzeption, die das Wettbewerbssystem mit der Idee der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Sicherheit verbindet. Nach ordoliberalen Vorstellungen ist eine Wettbewerbsordnung im Prinzip zwar bereits an sich sozial, doch ist sie dort zu begrenzen, wo sie sozial unerwünschte Ergebnisse zeitigt.^[14] Was als „sozial wirksam“ zu begründen ist und noch als ordnungskonform gelten kann, ist im Prinzip zu rechtfertigen.^[15]

Der Markt wird hier nicht als unfehlbarer Automatismus verstanden, sondern als eine Regel mit Ausnahmen. Versagt der Markt ausnahmsweise, sollte der Staat eingreifen, um den „Wohlstand für alle“ zu sichern. Diese Ausnahme wurde dann in der Praxis der „Sozialen Marktwirtschaft“ recht großzügig ausgelegt. So soll der Staat dafür sorgen, dass durch Umverteilung und Korrektur der am Markt entstandenen Einkommen eine als gerecht empfundene Einkommens- und Vermögensverteilung sowie weitgehende Chancengleichheit und soziale Sicherheit breiter Schichten hergestellt wird.^[16]

Hierzu gehören z. B. ein die eigenverantwortliche Daseinsfürsorge ergänzendes System der sozialen Sicherung, eine breite Streuung des Eigentums, Mitbestimmung sowie die Herstellung von Chancengleichheit im Bildungswesen. Nach Müller-Armack, der als Staatssekretär von Ludwig Erhard den Begriff "Soziale Marktwirtschaft" geprägt hat, sind dieser sogar „Minimallöhne“ (= Mindestlöhne) zugehörig.^[17]

Das Neue an der Neuen Sozialen Marktwirtschaft, die die INSM propagiert, besteht darin, dass die sozialen Bestandteile weitgehend eliminiert werden, da sie den Interessen der Arbeitgeber widersprechen. Der Staat soll sich aus dem wirtschaftlichen und sozialen Geschehen möglichst zurückziehen, d. h. auf soziale Korrekturen und Sicherungsmaßnahmen verzichten, auch wenn die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft. Umschrieben wird dieser Grundgedanke auf der Website der INSM („Was will die INSM konkret“) als „konsequente und konsistente wettbewerbliche Ausrichtung unserer Wirtschafts- und Sozialordnung“, „Beschränkung des Staates auf seine Kernkompetenzen“ sowie „Stärkung des Prinzips 'Hilfe durch Selbsthilfe““.

In ihren Kampagnen, Auftragsstudien und Unterrichtsmaterialien werden Privatisierungen, Deregulierungen, Steuersenkungen, der Abbau von Subventionen, eine Senkung der Arbeitskosten, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (Abbau des Kündigungsschutzes, flexible Arbeitszeiten), mehr Eigenvorsorge im Gesundheitssystem und die kontinuierliche Erhöhung des Renteneintrittsalters gefordert. Mindestlöhne und die Finanztransaktionssteuer werden abgelehnt. Rechte der Arbeitnehmer:innen stellt die INSM ausschließlich als Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen dar.

Die gesetzliche Renten- und Pflegeversicherung wird problematisiert und stattdessen die Einführung von kapitalgedeckten Versicherungen gefordert, deren Probleme (hohe Verwaltungskosten, Risiken aufgrund von Finanzmarktkrisen, Unerschwinglichkeit für Niedrigverdiener) unerwähnt bleiben. Aus Sicht der Arbeitgeber:innen haben private kapitalgedeckte Versicherungen den Vorteil, dass sie allein durch die Arbeitnehmer:innen bezahlt werden, gesetzliche Versicherungen aber werden von den Arbeitgeber:innen mitfinanziert. In der Bildungspolitik wird mehr Wettbewerb und Effizienz gefordert, wozu Studiengebühren sowie die Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen beitragen sollen.

Nach Recherchen des Journalisten Thomas Fricke kämpft die INSM seit Jahren

- gegen Vermögensteuern
- gegen höhere Erbschaftsteuern
- stattdessen für sinkende Steuern für Reiche und Unternehmen
- gegen den Mindestlohn
- gegen ein Aus für Verbrenner-Motoren
- gegen Hindernisse, die Leute auf Zeit oder mit Werkverträgen zu beschäftigen
- gegen das Lieferkettengesetz
- gegen Geld-Transfers für andere EU-Länder
- gegen Umverteilung (nach unten)
- gegen Rettungsschirme der Europäischen Zentralbank in Krisenzeiten
- und gegen gemeinschaftliche Finanzierung großer Projekte und Reformen in der EU.

Quelle: ^[18]

Organisationsstruktur und Personal

Team

Die Mitglieder des Teams sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören:

Geschäftsführer Thorsten Alsleben

Der Geschäftsführer der INSM ist seit April 2023 Thorsten Alsleben (CDU).^[19] Zuvor war Alsleben neun Jahre lang Hauptgeschäftsführer der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#). Er steht dem CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann, der ihn dort als Geschäftsführer einsetzte, nahe.^[20] Alsleben selbst bezeichnet sich auf Twitter als "Christlich.ordoliberal. Konservativer Modernisierer".^[21] Laut „Tagesspiegel“ soll er selbst dem Vorsitzenden Friedrich Merz zu reaktionär sein.^[22] Alsleben ist laut "Correctiv" evangelikaler Christ.^[23]

Alsleben nahm mehrfach an Veranstaltungen mit internationalen Konservativen, Autoritären, sowie christlichen Fundamentalisten teil.

Im Februar 2025 trat er als Redner auf einer Konferenz der „Alliance for Responsible Citizenship“ in London auf^[24], bei der 4.000 „Antifeministen, christliche Fundamentalisten und Demokratiefeinde“ aufeinandertrafen.^[25] Weitere Teilnehmende waren unter anderem der Sprecher des US-Repräsentantenhauses Mike Johnson, Tory-Vorsitzende Kemi Badenoch, Peter Thiel, Vivke Ramaswamy, Reform UK-Vorsitzender Nigel Farage und Kevin Roberts, Präsident der umstrittenen [Heritage Foundation](#).^[26] Aus Deutschland nahmen unter anderem die Vorsitzende des Pro-Life-Vereins "Aktion Lebensrecht für alle" (ALfa e.V., Mitglied im [Bundesverband Lebensrecht](#)) Cornelia Kaminski und die ehemaligen AfD-Vorständinnen Frauke Petry und Joana Cotar teil.^[25] Zu den Teilnehmern gehörten auch Vertreter von großen Öl- und Gaskonzernen wie [BP](#), Koch Industries und Valero Energy.^[27]

Anfang September 2024 trat Alsleben als Redner bei der [Berlin Campaign Conference](#) auf, die die Bildung von Mitte-rechts-Kooperationen auf internationaler Ebene zum Ziel hatte.^[28] Als weitere Referent:innen waren rechte US-Lobbyist:innen, Anhänger von Donald Trump und ein Vertreter der umstrittenen [Heritage Foundation](#) geladen, die mit ihrem "Project 2025" eine Blaupause für den autoritären Umbau des amerikanischen Staatsapparats nach einem zweiten Wahlsieg Trumps entwarf.^{[29][30]}

Im August 2024 stand Alsleben wegen eines queerphoben Reposts auf X in der Kritik, in dem es zu queeren Menschen hieß: »Vögelt mit wem ihr wollt, wenn ihr erwachsen seid, lasst Euch abschnippeln oder annähen, was ihr wollt«, aber »geht mir damit nicht auf die Nerven, lasst es Euch nicht von mir bezahlen und vor allem Finger weg von den Kindern«. ^[31] Parteiinterne Kritik kam unter anderem von der Lesben- und Schwulenunion der CDU (LSU). Der Vorsitzende der LSU sagte, Alslebens Vorgehen zeige, »dass er Hass und Hetze gegen LGBTIQ+ nicht nur toleriert, sondern auch aktiv unterstützt«. Auch von der FDP-LGBTIQ+-Gruppe LiSL wurde Alsleben kritisiert.^[31]

weitere Mitglieder

- Michael Burbach, Prokurist (lt. Eintrag im Handelsregister), zugleich Prokurist beim [Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH](#)
- Carl-Victor Wachs, Leiter Kommunikation und Presse, zuvor: Politikredakteur bei der "Bild"-Zeitung und Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim Deutschen Bundestag.^[32] Wachs war einer der Redner bei der [Berlin Campaign Conference](#).^[33]
- Lisa Wandel, Leiterin Kampagne, zuvor: Mitarbeiterin der Agentur Philipp und Keuntje, für die sie jahrelang führende Unternehmen, Bundesministerien und Verbände als Account Direktorin in den Bereichen Kommunikation, Digitales Marketing und Strategie betreut und beraten hat.^[34]
- Stephan Einenckel, Cheflobbyist, zuvor: Referent für Wirtschaftspolitik und politische Kontakte bei [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- (ab 01.01.2025) Stefan Schöncke, Chefvolkswirt, war von 2016-2022 wirtschaftspolitischer Referent im Bundestagsbüro von Carsten Linnemann, der seit Juli 2023 Generalsekretär der CDU ist
- Philipp Despot, Senior Referent Volkswirtschaft & politische Strategie, zuvor: wissenschaftlicher Mitarbeiter beim CDU-Bundestagsabgeordneten Tilman Kuban, Pressesprecher der Jungen Union, Kampagnenreferent bei der CDU^[35]

Paten

Im Rahmen der Kampagne zum „Bürokratieabbau“ sind erstmals Bundestagsabgeordnete der CDU/CSU-Fraktion und der FDP als sog. „Paten“ auserkoren worden, die für bestimmte Gesetze (oder deren Abschaffung) eine Patenschaft übernehmen und über die INSM-Webseite darüber berichteten.^[36] Zu den Bundestagsabgeordneten, die sich als „Bürokratiepaten“ betätigen, gehören Abgeordnete wie [Philipp Amthor](#) (CDU/CSU), Gitta Connemann (CDU/CSU), Julia Klöckner (CDU/CSU) und [Klaus-Peter Willsch](#) (CDU/CSU) sowie Philipp Hartewig (FDP) und Rainer Semet (FDP).^[37]

Wissenschaftliche Beratung

Als wissenschaftlicher Berater fungiert das [Institut der deutschen Wirtschaft](#), das als Muttergesellschaft der INSM wirtschaftspolitische Analysen und Konzepte aus der Sicht der Wirtschaft erarbeitet. Zwischen der INSM und dem Institut der deutschen Wirtschaft gibt es auch eine Vielzahl personeller Verflechtungen. In Medienfragen arbeitet die INSM mit diversen Meinungsforschungsinstituten - wie dem [Institut für Demoskopie Allensbach](#)^[38] - zusammen.

Aktivitäten

Die INSM ergänzt die klassische Lobbyarbeit von [Gesamtmetall](#). Sie beschreibt ihre Tätigkeit wie folgt^[39] :

Es werden Studien in Auftrag gegeben und die Resultate als Reformimpulse in die Politik weitergegeben. Dies geschehe durch Positionspapiere, Broschüren und Executive Summaries, welche in Mailings an MdB und Ministerien versandt werden. Darüber hinaus organisiere die INSM regelmäßig Veranstaltungen, welche Impulse an MdB, Bundesregierung und Ministerien vermitteln sollen. Zudem werbe sie auch öffentlichkeitswirksam im Rahmen thematischer Kampagnen für marktwirtschaftliche Reformen. Bei der Öffentlichkeitsarbeit bedient sich die INSM einer Vielzahl von Medien (auch über Medienkooperationen), die aufeinander abgestimmt genutzt werden, um ihre Botschaften zu transportieren.

Studien

Die INSM stellt der Presse regelmäßig Studien vor, die vom [Institut der deutschen Wirtschaft](#) (IW) und sonstigen Wirtschaftsforschungsinstituten sowie Meinungsforschungsinstituten erstellt werden. Studien der INSM haben nachwievor eine hohe Aufmerksamkeit in der deutschen Medienlandschaft. Die Studien der INSM sind [hier](#) abrufbar.

ÖkonomenBlog

Der ÖkonomenBlog ist ein Projekt der INSM. Die Autor:innen sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören der Geschäftsführer der INSM, die INSM Redaktion, der Leiter des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), Botschafter der INSM sowie wirtschaftsfreundliche Wissenschaftler:innen (Professor:innen und Mitarbeitende von Instituten).

Veranstaltungen

- [Wahldebatte 2021](#), zuvor [Wahlarena 2017](#), ist eine Veranstaltungsreihe von INSM und der Tageszeitung „Die Welt“ (Axel Springer Verlag)

- [WELTZUKUNFTSDEBATTE](#) ist eine weitere Veranstaltungsreihe von "Die Welt" und INSM
- [Webinare](#) u.a. zu Renten- und Sozialpolitik, Mindestlohn, Freihandel
- [Hauptstadtforum](#) war eine Veranstaltungsreihe von INSM und der Tageszeitung "Die Welt" (Axel Springer Verlag)

Unterrichtsmaterialien und Bildung

Bis 2014 betrieb die INSM das Internetportal "[Wirtschaft und Schule](#)", das Unterrichtsmaterialien für Lehrer:innen zur Verfügung stellt. Kritiker:innen bemängelten, dass die INSM "Einfluss auf Unterrichtsinhalte an allgemein bildenden Schulen ausüben" würde.^[40] Konzipiert wurden die Materialien vom [Institut der deutschen Wirtschaft \(IW Köln\)](#), das 2014 die Trägerschaft des Portals von der INSM übernahm.^[41] Das entsprach einer großen Änderung, da die INSM selbst ein Tochterunternehmen des IW Köln ist.

Das [Portal](#) stellt Lehrer:innen fertig benutzbare Materialien für den Unterricht in allen Schulstufen zur Verfügung. Dabei werden folgende Themenbereiche abgedeckt:

- Haushalt und Geld
- Unternehmen und Markt
- Staat und Wirtschaftspolitik
- Berufsorientierung und Arbeitsrecht
- Europa und die Globalisierung

Kritische Einordnungen finden sich hier:^{[42][43][44]}

Die [iw medien](#) hat 2014 eine "Kampagne gegen Fachkräftemangel" auf den Weg gebracht und schickt seitdem "M (Metall) + E (Elektro) InfoTrucks" in Schulen und Unternehmen.^[45]

Die INSM veröffentlicht jährlich einen sogenannten Bildungsmonitor, in dem Bildungssysteme aus Sicht der Wirtschaft bewertet werden. Dabei wird explizit eine ökonomische Perspektive vertreten. In Medienberichten darüber ist dann jedoch allgemein von guten oder schlechten Bildungssystemen die Rede.^[46] Der deutsche Lehrerverband lehnt das Ranking ab.^[47]

Mit einem Promotionskolleg zur Sozialen Marktwirtschaft kooperiert die INSM mit der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung.^[48]

Aktivitäten zu Bundestagswahlen

Die INSM wird regelmäßig anlässlich der Bundestagswahlen aktiv. Im Wahljahr 2021 organisierte die INSM gemeinsam mit der Tageszeitung „Die Welt“ verschiedene Veranstaltungen, die sich laut Christian Stöcker nur als „Wahlkampf-Events für die Union“ deuten lassen.^[49]

Anlässlich der Wahl 2017 veranstaltete die INSM in Partnerschaft mit der Tageszeitung „Die Welt“ die Veranstaltungsreihe „Wahlarena 2017“^[50] In Zusammenarbeit mit der "Wirtschaftswoche" hat sie zum Hauptthema des Bundeswahlkampfs 2013 "Wie gerecht ist Deutschland?" ein Sonderheft herausgegeben.^[51]

Politische Kampagnen

Die INSM trat mit der Kampagne „Sozial ist, ...“ 2000 erstmals in der Öffentlichkeit auf. Seitdem verwendet sie den Slogan „Sozial ist, was Arbeit schafft“ immer wieder.^[52] Er wurde in den folgenden Jahren von CSU, CDU und, in leicht abgeänderter Form, FDP in deren jeweiligen Wahlprogrammen aufgegriffen.^[53] Der Satz „Sozial ist, wer Arbeit schafft“ stammt von Alfred Hugenberg (1865–1951), dem Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Ernährungsminister in Hitlers erstem Kabinett.^[54]

Die aktuellen Kampagnen sind [hier](#) abrufbar. Einige Kampagnen werden im Folgenden erläutert:

2025: Unterstützung der Initiative Transparente Demokratie

Alsleben ist Gründungsmitglied der [Initiative Transparente Demokratie](#), die gegen eine vermeintliche Übermacht von „NGOs“ – insbesondere Umweltverbände und Initiativen gegen Rechtsextremismus – polemisiert.^[55] Weitere Informationen zu diesem Thema finden sich in der Studie [DESINFORMATION, DIFFAMIERUNG UND DEFUNDING: ZIVILGESELLSCHAFT UNTER DRUCK](#) von LobbyControl.

Kampagne zum "Bürokratieabbau" 2024

LobbyControl berichtete am 12. Juli 2024 über die PR -Kampagne der INSM zum Bürokratieabbau.^[56] Dieser Begriff werde als Feigenblatt genutzt, um ganz bestimmte Gesetze für Konzerne zu verhindern. Das könne zu Lasten des Gemeinwohls gehen – etwa wenn der Schutz von Menschenrechten in Lieferketten nur als Bürokratie-Last dargestellt werde. Für die aktuelle Kampagne zu „Bürokratieabbau“ schalte sie regelmäßig großflächige Anzeigen in Zeitungen und auf Social Media-Plattformen.

Außerdem seien diverse „Bürokratie-Paten“ auserkoren worden, die für bestimmte Gesetze (oder deren Abschaffung) eine Patenschaft übernehmen und über die INSM-Webseite darüber berichteten. Zu diesen Paten gehörten hauptsächlich Abgeordnete von CDU/CSU, z.B. Julia Klöckner oder Philipp Amthor sowie einige FDP-Abgeordnete.

Anzeigenkampagne gegen das Lieferkettengesetz 2021

Die INSM schaltete am 8. Juni 2021 eine Reihe von Zeitungsanzeigen gegen das deutsche Lieferkettengesetz. Das Gesetz soll Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards.

Die Kampagne war in den überregionalen Zeitungen FAZ, Welt und Handelsblatt erschienen. Es hieß darin, das Gesetz führe zu „überbordender Bürokratie“, stelle Unternehmen unter „Generalverdacht“ und zuletzt: „Das geplante Gesetz legt den Handel an die Kette, begrenzt unternehmerische Freiheit und führt nicht zu besseren Arbeits- und Lebensbedingungen vor Ort“.^[57]

Organisationen wie UNICEF forderten hingegen, das Gesetz müsse nachgeschärft werden, damit es überhaupt Wirkung erzeugen könne.^[58] Die Initiative Lieferkettengesetz hatte bereits zuvor kritisiert, dass Wirtschaftsverbände Vorschläge für das Lieferkettengesetz oftmals falsch darstellten und ein Untergangsszenario für die deutsche Exportwirtschaft heraufbeschwören, das „sachlichen Grundlagen entbehre“.^[59]

Dem Argument, die deutsche Wirtschaft könne sich ein solches Gesetz nicht leisten, wurde bereits 2021 von führenden Ökonom:innen wie Prof. Dr. Peter Ulrich, dem Makroökonom Prof. Hans jörg Herr und der Betriebswirtin Prof. Dr. Elisabeth Fröhlich widersprochen.^[60]

An der Kampagne beteiligten sich die folgenden Verbände: [Arbeitgeberverband Gesamtmetall](#); [Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft](#); [BDA Die Arbeitgeber](#); [Hauptverband der Deutschen Bauindustrie](#); [BAVC – Die Chemie Arbeitgeber](#); [BDE: Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft](#); [BGA Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen](#); [Die Familienunternehmer](#); [BDL – Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen](#); [Markenverband](#); [Textil + Mode Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie](#); [VDM Verband Deutscher Metallhändler](#); [VDMA Verband deutscher Maschinen und Anlagenbauer](#); [VdR – Verband der deutschen Rauchtobakindustrie](#); [VKE-Kosmetikverband](#); [WSM-Net: Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V.](#); [Wirtschaftsvereinigung Metalle](#); [ZDB Zentralverband Deutsches Baugewerbe](#); [Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks](#); [ZVEI Die Elektroindustrie](#)

Anzeigenkampagne gegen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock 2021

In einer Anzeigenkampagne positionierte sich die INSM Mitte Juni 2021 mit einem direkten Angriff auf das Wahlkampfprogramm der Partei Bündnis 90/Die Grünen.^[61] Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock wird in der Anzeige als Moses mit Gesetzestafeln inszeniert, das politische Programm der Grünen wird als drohende "Staatsreligion" betitelt. Die Anzeige erschien ganzseitig in den Printausgaben der „FAZ“, im „Tagesspiegel“, der „Bild“-Zeitung, in der „Süddeutschen Zeitung“ (sowohl im Print als auch online) und auf „ZEIT ONLINE“.

Die von der INSM angeführten angeblichen "Verbote" wurden im dpa-Faktencheck als „ungenau bis falsch“ klassifiziert.^[62] Kritisiert wurden zudem von verschiedenen Stellen die Anklänge an antisemitische Verschwörungsmymen und die orientalistische Bildsprache.^[63] Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat sich von der Kampagne distanziert.^[64] Die INSM wies diese Vorwürfe fünf Tage nach Erscheinen als Form des "Mundtot-Machens" zurück.^[61]

Anlässlich der INSM-Anzeigen gegen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock und das Wahlprogramm der Grünen prüft der Presserat derzeit (Stand: 17.06.2021), ob ein Verfahren gegen „Sueddeutsche.de“ wegen der „massiven Platzierung der Inhalte und deren direkte[n] Kombination mit dem redaktionellen Inhalt“ eingeleitet wird.^[65]

Anzeigenkampagne gegen Olaf Scholz 2021

Im Januar 2021 startete die INSM mit dem Slogan „Gute Politik geht anders, Herr Scholz!“ eine Anzeigenkampagne gegen SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz. Darin warf sie dem damaligen Vizekanzler und Kanzlerkandidaten für die Wahl 2021 vor, "den Haushalt aufzublähen", "an der Schuldenbremse zu segnen", "Unternehmen im Regen" stehen zu lassen und Hilfesgelder zu versprechen, die nicht ankämen.^[66] Für die Kampagne wurden zudem ein Zitat des Ökonomen Peter Bofinger verwendet. Dieser bezeichnete es als „starkes Stück“, für den lobbyistischen Angriff auf Scholz „missbraucht“ zu werden.^[66]

Kampagne "12 Fakten zur Klimapolitik" 2019

Die Kampagne 12 Fakten zur Klimapolitik im Jahr 2019 richtete sich gegen die CO₂-Steuer und zielt auf eine langsamere Energiewende ab, die vor allem jenen Industrietiteln nützen würde, die sich auf fossile Energiequellen stützt. Im Zuge mehrerer Kampagnen bezog die INSM bereits seit Jahren Stellung gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz und die Förderung von Ökostrom. Die Kampagne war ehemals [hier](#) abrufbar.

Prof. Dr. Volker Quaschnig unterzog die 12 angeblichen Fakten der INSM einem Faktencheck und zieht folgendes Fazit: "Für Laien klingen viele der Fakten schlüssig und nachvollziehbar. Dabei verfolgt die INSM mit der Publikation der INSM-Fakten in erster Linie ganz klar die Ziele ihrer Unternehmen und nicht unbedingt die des besseren Klimaschutzes."^[67]

Kampagnen gegen einen "politischen Mindestlohn"

Eine Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft und deren Tochtergesellschaft INSM vom Februar 2021 kommt zu dem Ergebnis, „ein politischer Mindestlohn“ beschneide die Tarifautonomie und sei abzulehnen.^[68] In Unterrichtsmaterialien, die die INSM bereitstellt finden sich wissenschaftlich umstrittene Aussagen wie: „In der Realität hat der Mindestlohn nur eine Folge: dass noch mehr Menschen arbeitslos werden“.^[69] 2013 schickte die INSM Bundestagsabgeordneten und weiteren Menschen im politischen Bereich Voodoo-Puppen, die laut INSM „für den Wähler an sich“ stehen sollten. Mit in dem Paket befanden sich beschriftete Nadeln mit Themenfeldern, die der INSM zufolge „schmerzhafte Auswirkungen“ auf Entscheidungen der Wähler:innen hätten: Frauenquote, Erbschaftsteuer, Vermögensteuer, Energiesubventionen, Zuschussrente und Mindestlohn.^[70]

Kampagnen zum Thema Rente

In unterschiedlichen Kampagnen wird das Thema Rente seit Anfang der 2000er von der INSM immer wieder aufgegriffen. Es wird eine Kürzung der gesetzlichen Rente gefordert und eine private Altersvorsorge für Bürger:innen nahegelegt. Auch wird die Senkung der Lohnnebenkosten gefordert; der durch Arbeitgeber:innen entrichtete Teil der Rentenbeiträge soll gesenkt werden, damit Unternehmen, so die Argumentation, wettbewerbsfähig bleiben.

Die INSM beauftragte verschiedene Studien beim [Institut für Demoskopie Allensbach](#), mit dem sie regelmäßig zusammenarbeitet. Auch treten Wissenschaftler:innen, die als Autor:innen für die INSM tätig sind, medial als neutrale Expert:innen auf, wie in einer Dokumentation zum Rentensystem, die im Juni 2021 im ZDF ausgestrahlt wurde, was zu einseitigen Lösungsvorschlägen führt.^[71]

Einschaltung von Agenturen

Bei wichtigen Kampagnen werden PR-Agenturen eingeschaltet. Mit der Konzeptgestaltung wurde bis 2010 die Agentur für Kommunikation [Scholz & Friends](#) betraut, die nach Analysen des Politikwissenschaftlers Rudolph Speth die INSM „erfunden“.^[72] Insgesamt arbeiteten bei Scholz & Friends an dem Projekt laut Speth rund 40 Personen unter Beteiligung der Disziplinen PR, Werbung, Internet und TV. Von 2010 bis 2015

wurde die INSM von der Agentur [Serviceplan Public Opinion](#) betreut. Seit Januar 2015 ist [Blumberry](#) für Werbung und PR zuständig.^[73] Blumberry ist ein Tochterunternehmen der Holding [Commarco](#). Im August 2018 wechselte die Zuständigkeit für die INSM innerhalb von Commarco zur [Commarco Campus Communications GmbH](#). Für PR und Werbung der INSM ist nun exklusiv ein eigenes Team zuständig. Erklärtes Ziel sei, "auch unter den Vorzeichen einer immer dynamischeren Meinungsbildung im politischen Raum die volle Kommunikationswirkkraft über alle Disziplinen hinweg zu entfalten."^[74]

ADVERB - Agentur für Verbandskommunikation unterstützt die INSM bei der digitalen Lobbyarbeit.^[75] Gemeinsam mit der INSM erarbeitete ADVERB eine Kanalstrategie für den Kurznachrichtendienst X (ehemals Twitter), um die Botschaften der INSM bei politischen und medialen Akteuren zu platzieren.

Unter dem Geschäftsführer Alsleben wurde die politische Gen Z-Agentur DIGITALIEN eingeschaltet, deren Gründer und Geschäftsführer Finn Werner ist.^[76] Dieser war zuvor als Social Media Manager für die CSU-Landesgruppe und Alexander Dobrindt (CSU) im Deutschen Bundestag tätig.^[77] Werner war - wie Alsleben - einer der Redner bei der von der rechtskonservativen Kampagnenagentur The Republic organisierten Berlin Campaign Konferenz, zu deren Partner die [Heritage Foundation](#) und die INSM gehören.^[78]

Die Kampagne zum Bürokratieabbau mit einem Bürokratiemuseum hat die INSM gemeinsam mit der Agentur [thjnk](#) entwickelt.^[79]

Auftritte bei Parteitag von CDU, SPD und FPD

- **SPD-Bundesparteitag 2025:** Beim Bundesparteitag der SPD im Januar 2025 parkte die INSM einen großen LKW mit der Botschaft "SOS - Die Wirtschaft ist in Gefahr" vor dem Parteitagsgelände.
- **CDU-Bundesparteitag 2024:** Im Mai 2024 war die INSM mit einem Messestand zum Thema Bürokratieabbau auf dem CDU-Bundesparteitag vertreten. Dabei gab sie an, "in zahlreichen Gesprächen mit CDU-Politikerinnen und Politikern und Delegierten für die Soziale Marktwirtschaft und konkret für Bürokratieabbau geworben" zu haben.^[80]
- **FDP-Europaparteitag 2024:** Die INSM war beim FDP-Europaparteitag mit einem Stand vor Ort und hat dazu animiert, besonders „schöne“ bürokratische Hemmnisse in ihrem Bürokratievernichter zu schreddern.^[81] Dabei sei das das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz besonders häufig vernichtet worden.

Internationale Verbindungen

Partner der Berlin Campaign Conference 2024

Die INSM war im September 2024 Partner der [Berlin Campaign Conference](#), die die die Bildung von Mitte-rechts-Kooperationen auf internationaler Ebene zum Ziel hatte.^[82] Weitere Partner waren u.a. die rechte Denkfabrik [Heritage Foundation](#) und das konservative [The Leadership Institute](#), die maßgeblich an der

Ausarbeitung des Project 2025 beteiligt waren.^[83] Beim [Project 2025](#) handelte es sich um einen Plan zur autoritären Umgestaltung der US-Bundesregierung im Falle eines Sieges der Republikaner bei den Präsidentschaftswahlen 2024.^[84] Der Plan sah unter anderem die Entlassung von bis zu 50.000 Bundesbediensteten vor, von denen angenommen wurde, dass sie sich der Agenda des Präsidenten in den Weg stellen könnten.^[85] Weiterhin sollte die Unabhängigkeit des Justizministeriums eingeschränkt und der Kongress geschwächt werden.

Zu den Partnern der Berlin Campaign Conference gehört auch das [Danube Institute](#), das von der Orbán-Regierung über eine Stiftung finanziert wird und deren Direktor John O'Sullivan früher bei der [Heritage Foundation](#) beschäftigt war.^[86] Gemeinsam organisieren sie den [Geopolitical Summit](#).

Kritik an der INSM

Bundestagswahlkampf 2017: Verfälschung der Steuerpläne der SPD

Nach einem Bericht von „Spiegel Online“ hat die INSM eine Anzeige in der „Bild“-Zeitung vom 23. Juni 2017 platziert, um Stimmung gegen die Steuerpläne der SPD zu machen.^[87] In dieser Anzeige hieß es: „Lieber Herr Schulz, Reichensteuer schon ab 60.000 Euro: Ist das Ihr Respekt vor Leistung?“

Damit habe die INSM fälschlicherweise den Eindruck erweckt, dass die Reichensteuer auch für viele "Normalbürger:innen" mit 60.000 Jahresbruttoverdienst greifen würde. Die sogenannte Reichensteuer, die einen Aufschlag von drei Prozentpunkten auf den Spitzensteuersatz von 42 Prozent bezeichnet, greift jedoch erst ab einem zu versteuernden Einkommen von einer Viertel Millionen Euro.

Die Anzeige der INSM habe fälschlicherweise nahe gelegt, dass die SPD die Reichensteuer schon ab 60.000 Euro erheben wolle. Tatsächlich sollte ab diesem Schwellenwert zukünftig lediglich der bisherige Spitzensteuersatz von 42 Prozent gelten, der bislang schon ab 54.058 Euro fällig war. Danach sahen die Pläne vor Steuersatz stetig auf bis zu 45% (ab 76.200 Euro) ansteigen zu lassen.

Laut „Spiegel Online“ hatte die INSM ihre Behauptung später relativiert. So habe es in einem Online-Text zunächst geheißen, die SPD wolle "den Schwellenwert, ab dem die Reichensteuer anfällt, auf 60.000 Euro senken". Später schrieb die INSM, die SPD wolle "den Schwellenwert, ab dem mehr als 42 Prozent Steuer zu bezahlen ist, auf ab 60.000 Euro senken".^[87]

Verhältnis zu den Medien

Die ARD-Sendung Monitor kritisierte 2005 ein Verschwimmen der Grenzen zwischen Journalismus und Public Relations, das von der INSM bewusst forciert werde. Der Medienwissenschaftler Siegfried Weischenberg stellte in der Sendung fest, dass es der INSM gelungen sei "einen neoliberalen Mainstream in den Medien durchzusetzen."^[88]

Christian Nuernbergk hat die Öffentlichkeitsarbeit der INSM unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses von Journalismus und PR in einer 2005 erschienen Studie untersucht.^[89] Nach dieser Studie gibt es Anhaltspunkte dafür, dass eine Vielzahl der von der Initiative bereitgestellten Studien- bzw. Umfrageergebnisse über die Redaktionen ohne eine zuverlässige inhaltliche Auseinandersetzung an die Rezipient:innen gelangt sind. In der überwiegenden Zahl der Medienberichte hätten nähere Angaben zur Initiative, zu ihren Auftraggeber:innen und zu ihren Finanziers gefehlt.

Aufgrund der öffentlichen Kritik an dieser Zusammenarbeit sind die Kooperationen von Medien mit der INSM überwiegend eingestellt worden. Eine Ausnahme ist die Tageszeitung „Die Welt“, die in Partnerschaft mit der INSM 2021 Wahldebatten organisierte.^[90] „Die Welt“ und die INSM kooperieren außerdem bei der Veranstaltungsreihe WELTZUKUNFSDEBATTE.^[91] INSM-Geschäftsführer Thorsten Alsleben ist laufend bei „Welt TV“ als Gastkommentator oder Interviewpartner präsent.^[92]

Anlässlich der INSM-Anzeigen gegen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock und das Wahlprogramm der Grünen prüft der Presserat derzeit (Stand: 17.06.2021), ob ein Verfahren gegen „Sueddeutsche.de“ wegen der „massiven Platzierung der Inhalte und deren direkte[n] Kombination mit dem redaktionellen Inhalt“ eingeleitet wird.^[65]

Schleichwerbung

Im September 2005 wurde bekannt, dass die INSM im Jahr 2002 in der ARD-Serie Marienhof verdeckte Botschaften schalten ließ.^[93] In sieben Folgen wurden Themen wie die "Flexibilisierung" des Arbeitsmarktes oder die Senkung von Steuern untergebracht. Die INSM ließ sich diese Aktion insgesamt 58.670 Euro kosten.^[94] Infolgedessen wurde die INSM vom PR-Rat gerügt, was jedoch keine Sanktionen nach sich zog. Auf Seiten der ARD wurden Maßnahmen zur Vorbeugung von Schleichwerbung eingeführt, die Zuschauer:innen wurden allerdings nicht über die Vorfälle informiert.^[95]

Einschüchterung von Journalist:innen

Im November 2005 berichtete die Wochenzeitschrift Freitag über Versuche der INSM, Journalist:innen, die kritisch über die Initiative berichtet hatten, mit Beschwerdebriefen an Chefredaktionen oder Intendant:innen einzuschüchtern.^[96] Kritische Journalist:innen würden als gewerkschaftsnah oder als Attac-Sympathisant:innen dargestellt, um ihre Glaubwürdigkeit zu untergraben.

Einwirkung auf Suchmaschinen

Das Blog Perspective 2010 ist auf Unterlagen gestoßen, die zeigen, wie die INSM versucht, bei Suchmaschinen-Ergebnissen vor INSM-kritischen Stimmen zu landen.^[97]

Falsche Darstellung von TTIP-Studien

Die Verbraucherorganisation foodwatch hatte der INSM vorgeworfen, Daten verschiedener Studien in einer Broschüre mit „12 Fakten zu TTIP“ verzerrt dargestellt zu haben. Beispielsweise wurde aus langfristig und einmalig angenommenen wirtschaftlichen Effekten ein kurzfristig und jährlich zu erwartendes Wachstum. Die angeprangerten Darstellungen sind teilweise korrigiert worden.^[98]

Aufgelöste/inaktive Gremien

Beirat

Gesteuert und kontrolliert wurde die INSM durch den Beirat, in dem sich neben Vertretern von Gesamtmetall auch Vertreter anderer Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft finden.^[99] Hinzu kommen Experten für Demoskopie, die über Meinungs- und Stimmungstrends informieren. Seit Juli 2024 ist der Beirat auf der Webseite der INSM nicht mehr zu finden.

Vorsitzender war Stefan Wolf, Präsident des Arbeitgeberverbandes [Gesamtmetall](#).

Kuratorium

Vorsitzender des Kuratoriums war ebenfalls Stefan Wolf, Präsident des Arbeitgeberverbandes [Gesamtmetall](#) (Stand: Juni 2024).^[100] Seit Juli 2024 ist das Kuratorium auf der Webseite der INSM nicht mehr zu finden.

Förderverein

Der im Juni 2005 gegründete Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (FINSM) e.V. ist am 22. Februar 2016 aufgelöst worden.^[101] Liquidator war [Oswald Metzger](#) (seit 2012 Vereinsvorstand).

Gründungsmitglieder	
Hans Tietmeyer	Vorstand bis 2014, war bis 2012 auch Vorsitzender des Kuratoriums, danach wurde er Botschafter (siehe unten)
Florian Gerscher	ab 2009 Vorstand, SPD, Unternehmensberater und Lobbyist, Mitglied des Wirtschafts- und Zukunftsrats für Hessen, bis 2012 Präsident des Bundesverband Briefdienste, ehem. Vorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit - heutige Bezeichnung Bundesagentur für Arbeit (wegen eines umstrittenen Auftrags an die Lobby- und PR-Agentur WMP Eurocom entlassen)
Johanna Hey	Direktorin des Institut Finanzen und Steuern und des Instituts für Steuerrecht an der Uni Köln, ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen, Mitglied des Zentralen Beirats der Commerzbank, Mitglied der Lenkungsgruppe der "Kommission Steuergesetzbuch" der Stiftung Marktwirtschaft und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Wirtschaftsrats der CDU. Sie hält die "Reichensteuer" für "verfassungsrechtlich hoch problematisch" ^[102]
Dieter	Präsident der Universität Hamburg, davor Präsident der Freien Universität Berlin, parteilos, gilt als CDU- und wirtschaftsnah ^[103] , Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Roman Herzog Institut,

Gründer	
Lenzen	Vorsitzender des Aktionsrats Bildung der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw)
Friedrich Merz	CDU-Kanzlerkandidat, Jurist, Lobbyist, Aufsichts- und Beiratsmitglied in verschiedenen Unternehmen, bis 2021 Mitarbeiter der Kanzlei Mayer Brown LLP, vertrat unter anderem BASF , bis 2021 Vizepräsident des unternehmerischen Lobbyverbands Wirtschaftsrat der CDU und Gastmitglied im Präsidium der Mittelstands- und Wirtschaftsunion, Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung
Ulrike Nasse-Meyfarth	
Dietrick	"Head Hunter", wollte 2002 bis 2004 eine eigene Stiftung "Klarheit in der Politik" gründen, die 100 Millionen sammeln sollte, um für marktliberale Reformen zu werben
Hergard Rohwedder	Rechtsanwältin und Mitbegründerin der FDP-nahen Stiftung Liberales Netzwerk
Max Schön	Mitglied des Aufsichtsrats der Max Schön AG und der British American Tobacco Germany (BAT), Präsident des Club of Rome Deutschland und Mitglied im Kuratorium der BAT-"Stiftung für Zukunftsfragen", von 2001 bis 2005 Präsident der Arbeitsgemeinschaft mittelständischer Unternehmen
Carl-Ludwig Thiele	Rechtsanwalt, FDP-Politiker, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bundesbank , Kuratoriumsmitglied des Institut Finanzen und Steuern , bis 30. April 2010 Mitglied des Aufsichtsrats der Signal Krankenversicherung a.G.
Weitere Mitglieder:	
Michael	

Grü ndu ngs mit glie der	
Hoff man n- Beck ing	Lehrbeauftragter für Aktien- und Konzernrecht an der Uni Bonn, Partner der Societät Hengeler Mueller , Mitglied des Wirtschaftsforums der FDP und Gesellschafter der FAZIT-STIFTUNG
Mari e- Luis e Dött	umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bundesvorsitzende Bund Katholischer Unternehmer , Mitglied der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Quelle: ^[104]

Botschafter:innen

Die Botschafter:innen unterstützten die INSM dabei, in der Öffentlichkeit Meinungen zu platzieren und Meinungen zu verändern. Sie gaben Interviews, schrieben Gastbeiträge und traten in Talkshows auf, meist ohne darauf hinzuweisen, dass ihre Äußerungen vorher mit der INSM koordiniert wurden.^[105] Stattdessen wurden sie beispielsweise als "Expert:innen für Steuerrecht" vorgestellt oder einfach mit ihrer beruflichen Funktion. Im Juli 2024 waren die Botschafter auf der Webseite der INSM nicht mehr zu finden.

Bots chaf ter: inne n

Roland Unternehmensberater, Chairman der RiverRock European Capital Partners LLP, Mitbegründer des **Konberg
vent für Deutschland**

Christoph
Burman

Inhaber des Stiftungslehrstuhls für innovatives Markenmanagement am Fachbereich
Wirtschaftswissenschaft der Universität Bremen (der Lehrstuhl wurde von
Markenartikelunternehmen wie Kraftfoods Deutschland und der Brauerei Beck & Co. gespendet)

Dominiq

e Chief People Officer bei Ibeo Automotive Systems GmbH, bis 2021 Geschäftsführende
Döttl Gesellschafterin der Döttling & Partner Beratungsgesellschaft

ing

Florian Gersner

Unternehmensberater, frühere Positionen: Vorsitzender des Bundesverbands Paket und Expresslogistik, Präsident des Bundesverbands Briefdienste, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit (später umbenannt in Bundesagentur für Arbeit), seit 2020 Mitglied der FDP (ehem. SPD-Politiker)

Martin

Kannegiesser

Ehrenpräsident des Arbeitgeberverbands [Gesamtmetail](#), Geschäftsführer Herbert Kannegiesser GmbH, ehem. Vorsitzender des Kuratoriums der INSM

Otm

Frank Arndt

Ehrenvorsitzender des [Center for Financial Studies](#), Mitglied des Kuratoriums und Preisträger der [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#), ehem. Chefvolkswirt der [Europäischen Zentralbank](#) (EZB)

Oswald

Metzger

Redakteur bei Tichys Einblick, Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) und des Strategischen Beirats der [Die Familienunternehmer - ASU](#)

Arend Oetker

Geschäftsführender Gesellschafter der Dr. Arend Oetker Holding, Vizepräsident des [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI), Präsidiumsmitglied des [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA), Präsident der [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#), Mitglied der CDU, unterzeichnete den "Energiepolitischen Appell" der Atomlobby zur Laufzeitverlängerung deutscher Kernkraftwerke

Walter

Otremba

Ehem. Staatssekretär in verschiedenen Bundesministerien, unter anderem im Bundeswirtschaftsministerium, Vorsitzender [Bundesverband Briefdienste](#)

Karl-

Heinz Paqu

Inhaber des Lehrstuhls für internationale Wirtschaft der Uni Magdeburg, Vorstandsvorsitzender der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#) und Mitglied des [Wirtschaftsforums der FDP](#), Mitglied des Beirats der Denkfabrik [REPUBLIK21 e.V.](#), ehem. Finanzminister von Sachsen-Anhalt

é

Bern

Raffaello

Professor für Finanzwissenschaften an der Uni Freiburg, Direktor des [Forschungszentrum Generationenverträge](#) (FZG), Mitglied des Aufsichtsrat der Union Investment Privatfonds GmbH,

Elisabeth

Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#) (ehem. Vorsitzender der Kommission Alterssicherung^[106]), Mitglied des Vorstands der [Stiftung Marktwirtschaft](#)

Arndt

Thomas Raut

Unternehmensberater, Gründer und Managing Partner von Rautenberg & Company (Beratungsunternehmen für Finanzinvestoren), ehemaliger Strategiechef [Deutsche Telekom](#), Mitglied des [Wirtschaftsforums der FDP](#)

rg

Randolf

Geschäftsführender Gesellschafter der Optische Werke [G. Rodenstock GmbH & Co. KG](#), ist bzw. war in leitender Funktion in einer Vielzahl von Verbänden und neoliberalen Netzwerken aktiv, u. a. dem

Rod INSM-Finanzier [Gesamtmetall](#) und der INSM-Muttergesellschaft [Institut der deutschen Wirtschaft\(IW\)](#) **enst** jeweils als Vizepräsident, Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) und des [Wirtschaftsforums der FDP](#) **ock**

Krist

ina Publizistin und Kolumnistin bei der Tageszeitung "Die Welt", ehem. Bundesfamilienministerin (CDU), **Schr** Stellv. Leiterin der Denkfabrik [REPUBLIK21 e.V.](#)

öder

Nikol

aus Vorsitzender des Kuratoriums der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Ehrenmitglied des [Wirtschaftsrates der Sch](#) [CDU](#) und ehem. Vorstandsvorsitzender der [Altana AG](#) sowie ehem. Vorsitzender der [Altana weic](#) [Kulturstiftung](#) gGmbH und der [Herbert Quandt-Stiftung](#)

kart

Jürg

en Ehem. Chefvolkswirt und Mitglied im Direktorium der [Europäischen Zentralbank \(EZB\)](#), Mitglied des Kuratoriums der [Bertelsmann Stiftung](#), Mitglied des Beirats der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)

Star

k

Erwi

n Ehem. Vorsitzender der Geschäftsführung der IBM Deutschland, Initiator der [Initiative D21](#), Mitglied **Stau** des Aufsichtsrats der USU Software AG, Mitglied der [SPD](#)

dt

Tho

mas bis 8/2014 Direktor des [Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut \(HWWI\)](#), Mitglied des **Stra** [Wissenschaftlichen Beirats des Wirtschaftsrat der CDU](#), Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich-ubha](#) [Naumann-Stiftung](#), Mitglied des Beirats des [Institut für Unternehmerische Freiheit](#)

ar

(Stand: Juni 2024) Quelle: ^[107]

Ehemalig

e

Kurator:

innen

und

Botschaf

ter:innen

Arnulf Jurist, Publizist und Historiker, unterstützt Stiftungen wie die FDP-nahe [Fri](#) [edrich-Naumann-Stiftung](#) sowie die [Konrad-Adenauer-Stiftung](#) und ist **Baring** Mitglied des Kuratoriums der [Stiftung Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#)

Marie-

Luise Dött (siehe Förderverein)

Johann Staatssekretär a.D., Direktor des [Institut für Wirtschaftspolitik](#) an der Uni

Eekhoff Köln, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#), am 3. März 2013

bis Ende 2010 Sprecher des "Kronberger Kreises" der [Stiftung](#) verstorben

[Marktwirtschaft](#), Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)

Michael

Glos	CSU-Politiker, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie 2005-2009 ehem. Richter am Bundesverfassungsgericht, Preisträger der Friedrich August von Hayek Stiftung , Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung , setzt sich für eine Steuerreform ein, die "vor allem Manager...sowie die Verwalter und Erben großer Vermögen" entlastet ^[108]	
Paul Kirchhof	Präsident des Verwaltungsrates der Eberhard von Körber AG, Zürich, ehemaliger Co-Präsident des Club of Rome, ehemaliger Vorstandschef und Aufsichtsratsvorsitzender von ABB , 1990-1998 Mitglied des Beraterkreises der Bundesregierung (Kanzlerrunde) unter Bundeskanzler Helmut Kohl	
Eberhard von Körber	ehem. Direktor des Instituts für Finanzwissenschaft der Uni Mainz, ehem. Mitglied des Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium der Finanzen , des Wissenschaftlichen Beirats der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen und des Beirats der DZ BANK AG	
Rolf Peffkoven		trat im Dezember 2004 aus der INSM aus ^[109] , beteiligte sich aber auch danach noch an deren Kampagnen ^[110]
Christine Scheel	ehem. Politikerin der Grünen, Mitglied des Expertenrates der CNC Communications & Network Consulting)	
Lothar Späth	CDU, ehem. BaWü-Ministerpräsident, ehem. Geschäftsführer der Jenoptik , ehem. Deutschland-Chef und später Senior Advisor bei der Investmentbank Merrill Lynch , ehem. Vorsitzender des Aufsichtsrats der Herrenknecht AG , beriet zuletzt vor allem mittelständische Unternehmen. ^[111]	am 18. März 2016 verstorben
Edmund Stoiber	ehrenamtlicher Leiter einer EU-Arbeitsgruppe zum Bürokratieabbau, CSU, Ex-Bayern-Ministerpräsident, CSU-Vorsitzender 1999-2007	verließ die INSM nach deren Kritik an den Agrarsubventionen
Hans Tietmeyer	ehem. Präsident der Deutschen Bundesbank , Mitglied der Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung , der Friedrich August von Hayek Stiftung , der Stiftung Ordnungspolitik/Centrum für Europäische Politik und Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung). Bis Juli 2013 war Tietmeyer Kuratoriumsvorsitzender der INSM. ^[112]	am 27. Dezember 2016 verstorben

Zitate

"Ein bekanntes Beispiel für solch eine Denkfabrik ist die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Sie erzeugt mit riesigen Kapitalmitteln Stimmung für den Rückbau des Sozialstaats und für mehr unternehmerische Freiheit. Sie verfolgt ihre Ziele, indem sie Anzeigen schaltet,

Broschüren verteilt und Veranstaltungen organisiert. Dabei gibt sie sich als unabhängige, parteiübergreifende Initiative aus. Gesponsert wird sie allerdings hauptsächlich von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie. Teure Einladungen, wie beispielsweise im Juni 2009 ins Hotel Adlon Kempinski mit Gastrednern [Angela Merkel](#) und [Karl-Theodor zu Guttenberg](#), damals noch Wirtschaftsminister, sind kein Problem für die einflussreiche Initiative. Ein jährliches Budget von etwa 8 bis 9 Millionen Euro nach Abzug von Steuern bietet viele Möglichkeiten, Einfluss auszuüben. Das ist mehr Geld, als beispielsweise viele Umweltverbände für Ihre Arbeit insgesamt aufbringen können.“ Marco Bülow (SPD), MdB, in seinem Buch „Wir Abnicker“ ^[113]

Weiterführende Informationen

- Arbeitgeberverband Gesamtmetall: *Geschäftsbericht 2013/14*, S. 49 - 51
- Kaphegy, Tobias 2011: *Black Box Bildungsmonitor? Ein Blick hinter den Reiz des Rankings. Eine Analyse und Kritik des Bildungsmonitors 2010 der INSM Studie im Auftrag der GEW-nahen Max Träger Stiftung*
- Lianos, Manuel/Gutzmer, Alexander 2005: *Sie werben ja nicht für Persil*. INSM im Streitgespräch.
- Norbert Nicoll: Die ökonomische Rationalität in die Öffentlichkeit tragen. Zur Arbeit und Wirkungsweise der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (2000-2006), Dissertation 2008, Tectum Verlag Marburg
- Nuernbergk, Christian 2006: *Die PR-Kampagne der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und ihr Erfolg in den Medien. Erste Ergebnisse einer empirischen Studie*. In: Röttger, Ulrike (Hrsg.): PR-Kampagnen. Über die Inszenierung von Öffentlichkeit. 3., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: S. 159-178.
- Speth, Rudolf 2004: *Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung*.
- Speth, Rudolf/Leif, Thomas 2006: *Lobbying und PR am Beispiel der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf (Hrsg.): Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 14, Bonn, 302-316.
- Winkelmann, Ulrike 2004: *Strandklappstühle*, in: Die Gazette 4, 2004, S. 32-35.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Jahresabschluss der INSM GmbH zum Geschäftsjahr 2021, abrufbar beim Unternehmensregister
2. ↑ INSM, lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 10.08.2025
3. ↑ Trau schau wem, igmetall.de vom 06.08.2020, abgerufen am 22.06.2021
4. ↑ Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.Grundrentenslapstick, felfree.de, abgerufen am 15.08.2024
5. ↑ Etwas mehr Qualität, bitte!, wiwo.de vom 21.02.2021, abgerufen am 21.06.2021
6. ↑ Über uns, insm.de, abgerufen am 22.07.2024
7. ↑ Chefwechsel beim Lobbyclub der CDU, tagesspiegel.de vom 26.11.2022, abgerufen am 15.08.2024
8. ↑ Berlin Campain Conference, berlincampaignconference.com, abgerufen am 15.08.2024
9. ↑ Project 2025 Presidential Transition Project, documentcloud.org, abgerufen am 19.08.2024

10. ↑ [Die radikalen Pläne für Trumps neue Amtszeit](#), zdfheute.de vom 07.11.2024, abgerufen am 10.08.2025
11. ↑ [Über uns](#), insm.de, abgerufen am 22.07.2024
12. ↑ [insm.de Über uns](#), abgerufen am 12.07.24
13. ↑ [Siehe Bekanntmachung im Bundesanzeiger zum Geschäftsjahr 2015 der INSM und Konzernabschluss des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH zum Geschäftsjahr 2015](#), www.bundesanzeiger.de, abgerufen am 18.04.2017
14. ↑ [Norbert Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft](#), Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze, Tübingen 1986, S.25
15. ↑ [Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft](#), S. 26
16. ↑ [Bunte](#), in [Langen/Bunte](#), Kommentar zum deutschen und europäischen Kartellrecht, Bd. 1, 10. Aufl., Einführung Rdnr. 44
17. ↑ [Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft](#), S. 26, Fußnote 58
18. ↑ [Propaganda für die Welt von vorgestern](#), spiegel.de vom 18.06.2021, abgerufen am 21.06.2021
19. ↑ [Alsleben wird neuer INSM-Geschäftsführer](#), politik-kommunikation.de, 05.12.2022, abgerufen am 24.04.2025
20. ↑ [Thorsten Alsleben im Interview: „In der CDU brauchen Sie einen Mahner für Ordnungspolitik“](#), mitbund.de, 22.03.2023, abgerufen am 24.04.2025
21. ↑ [Thorsten Alsleben](#), twitter.com, abgerufen am 13.12.2022
22. ↑ [Chefwechsel beim Lobbyclub der Industrie](#), tagesspiegel.de vom 26.11.2022, abgerufen am 13.12.2022
23. ↑ [Religiöse Rechte in Deutschland suchen Schulterschluss mit Trump](#), correctiv.org vom 28.02.2025, abgerufen am 25.10.2025
24. ↑ [ARC 2025 Keynote Speakers](#), arcforum.com, abgerufen am 24.04.2025
25. ↑ ^{25,025,1} [Wo sich Antifeministen, christliche Fundamentalisten und Demokratiefeinde treffen](#), blog.campact.de, 26.02.2025, abgerufen am 24.04.2025
26. ↑ [Keynote Speakers](#), arcforum.com, abgerufen am 10.05.2025
27. ↑ [LEAKED: Oil Execs and Trump Allies Attend Jordan Peterson’s ARC Conference](#), desmog.com vom 16.02.2025, abgerufen am 11.05.2025
28. ↑ [Tête-à-Tête in Berlin: Lobbytreffen mit Antidemokraten aus den USA](#), lobbycontrol.de, 23.09.2024, abgerufen am 24.04.2025
29. ↑ [„Erschreckende Nähe“: CDU liebäugelt mit Trumps Republikanern](#), merkur.de vom 14.08.2024, abgerufen am 15.08.2024
30. ↑ [Radikaler Plan für eine zweite Präsidentschaft Trumps](#), deutschlandfunk.de, 17.07.2024, abgerufen am 24.04.2025
31. ↑ ^{31,031,1} [Queer-Zoff in der CDU](#), spiegel.de vom 09.08.2024, abgerufen am 24.04.2025
32. ↑ [Wachs wird Kommunikationschef der INSM](#), politik-kommunikation.de vom 11.07..2023, abgerufen am 03.08.2023
33. ↑ [Speakers](#), berlincampaignconference.com, abgerufen am 10.08,2025
34. ↑ [Matuschka und Wandel komplettieren Neuaufstellung der INSM](#), politik-kommunikation.de vom 13.02.2024, abgerufen am 22.07.2024
35. ↑ [Carl-Victor Wachs und Philipp Despot verstärken INSM](#), insm.de vom 10.07.2023, abgerufen am 22.07.2024
36. ↑ [Die INSM und der Deckmantel „Bürokratieabbau“](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 15.07.2024
37. ↑ [Übersicht aller teilnehmenden MdBs](#), weniger-buerokratie.de, abgerufen am 21.07.2024
38. ↑ [Referenzen](#), ifd-allensbach.de, abgerufen am 13.04.2017
39. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 15.07.2024

40. ↑ [Ökonomische Bildung – eine neutrale Sache? Wie die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\) Einfluss auf Unterrichtsinhalte an allgemein bildenden Schulen ausübt](#) Arbeitspapier 264 der Hans-Böckler-Stiftung von 2012, abgerufen am 17.09.2024
41. ↑ [Portal Wirtschaft und Schule – Ideen und Materialien für die Ökonomische Bildung](#) schulewirtschaft-schleswig-holstein.de vom 14.11.2014, abgerufen am 17.09.2024
42. ↑ [Christine Wicht und Carsten Lenz: PR-Agenturen unter dem Deckmantel „zivilgesellschaftlichem Engagements](#), NachDenkSeiten, 4. Januar 2006, Website nachdenkseiten, abgerufen am 5. 8.2011
43. ↑ [Lucca Möller/Reinhold Hedtke: Wem gehört die ökonomische Bildung? Notizen zur Verflechtung von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik](#), Bielefeld 2011
44. ↑ [Stellungnahme zum Gutachten Möller/Hedtke](#)
45. ↑ [\[1\]Infotrucks](#), abgerufen am 15.09.2024
46. ↑ [Wer hat das beste Bildungssystem? Flache Lernkurve beim Umgang mit INSM-Studie](#) www.uebermedien.de vom 17.08.2022, abgerufen am 24.08.2022
47. ↑ [Lehrerverband kritisiert Bildungsmonitor](#) spiegel.de vom 16.08.2019, abgerufen am 15.09.2024
48. ↑ [\[2\] KAS. Das Kolleg](#), abgerufen 18.06.2021]
49. ↑ [Christian Stöcker: Komm, wir kaufen uns einen Kanzler](#), Der Spiegel, 13.06.2021, abgerufen am 18.06.2021
50. ↑ [Wahlarena 2017](#), insm.de, abgerufen am 17.04.2017
51. ↑ [Wie gerecht ist Deutschland?](#), 24.06.2013, insm.de, abgerufen am 17.04.2017
52. ↑ [\[3\]](#), insm.de, abgerufen am 18.06.2021
53. ↑ [\[4\]](#), Raffael Scholz, Die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ und ihre Schlüsselwörter, 13.11.2014, Blickpunkt WISO, abgerufen am 17.06.2021
54. ↑ [\[5\]](#), Oliver Hinz, Slogan aus Nazizeit, 16.08.2002, taz, abgerufen am 18.06.2021
55. ↑ [Thorsten Alsleben](#), linkedin.com, abgerufen am 02.10.2025
56. ↑ [Die INSM und der Deckmantel „Bürokratieabbau“](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 15.07.2024
57. ↑ [Lieferkettengesetz: Mehr Bürokratie, weniger Menschenrechte](#) insm.de vom 07.06.2021, abgerufen am 23.11.2022
58. ↑ [Lieferkettengesetz: Bundesregierung muss auf EU-Ebene nachbessern](#) unicef.de vom 25.06.2021, abgerufen am 23.11.2022
59. ↑ [Zum Tag der Industrie: Große Unternehmensverbände wollen Rückschritte beim Menschenrechtsschutz – Initiative Lieferkettengesetz zeigt Einflussnahme von Unternehmensverbänden auf Positionen des Wirtschaftsministeriums](#) lieferkettengesetz.de vom 05.10.2022, abgerufen am 23.11.2022
60. ↑ [Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten](#) misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022
61. ↑ ^{61,061,1} [Industrielobby reagiert erst jetzt auf Vorwurf antisemitischer Untertöne](#), Der Spiegel, 15.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
62. ↑ [INSM-Vorwürfe gegen grüne - Ungenau bis falsch](#), Tagesschau.de, 14.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
63. ↑ [Mit allen Mitteln](#), ZEIT ONLINE, 15.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
64. ↑ [Kritik und Antisemitismus-Vorwürfe wegen „Moses“-Kampagne gegen Grünen-Kanzlerkandidatin Baerbock reißen nicht ab](#), Deutschlandfunk, 12.06.2021, abgerufen am 18.06.2021
65. ↑ ^{65,065,1} [INSM-Kampagne: Presserat prüft Verfahren gegen "SZ"](#), DWDL.de, 16.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
66. ↑ ^{66,066,1} [Dieter Schnaas, Etwas mehr Qualität, bitte!](#), wiwo.de, 21.02.2021, abgerufen am 24.04.2025
67. ↑ [Faktencheck der 12 Fakten zum Klimaschutz der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft INSM](#) www.volker-quaschning.de vom 17.07.2019, abgerufen am 05.09.2024
68. ↑ [Politischer Mindestlohn beschneidet die Tarifautonomie](#), insm.de, abgerufen am 17.06.2021

69. ↑ [Lobbyisten im Lehrerzimmer](#), ZEIT ONLINE, 11.05.2011, abgerufen am 18.06.2021
70. ↑ [Wirtschaftslobby bezirzt Bundestag mit Voodoo](#), sueddeutsche.de, 07.01.2021, abgerufen am 17.06.2021
71. ↑ [ZDF-Doku: Am Ende sind die Zuschauer arm dran](#), heise online, 15.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
72. ↑ [Rudolph Speth: Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), Hans Böckler Stiftung, 2004, S. 9, Website boeckler, abgerufen am 4.8.2011
73. ↑ [Commarco-Agentur löst Serviceplan bei INSM ab](#), horizont.net vom 01.10.2014, abgerufen am 03.02.2016
74. ↑ [\[6\]](#), commarco.com, abgerufen am 15.08.2019
75. ↑ [Digital Public Affairs](#), agentur-adverb.de, abgerufen am 17.02.2021
76. ↑ [DIGITALIEN](#), digitalien.agency, abgerufen am 09.08.2025
77. ↑ [Werner startet mit Gen-Z-Agentur DIGITALIEN durch](#), politik-kommunikation.de vom 02.09.2024, abgerufen am 09.08.2025
78. ↑ [Program](#), web.cvent.com, abgerufen am 15.06.2025
79. ↑ [INSM gewinnt Politikaward für Bürokratie-Museum](#), presseportal.de vom 03.06.2025, abgerufen am 10.08.2025
80. ↑ [INSM CDU-Bundesparteitag](#), insm.de, abgerufen am 24.04.2025
81. ↑ [FDP-Europaparteitag](#), insm.de, abgerufen am 14.07.2024
82. ↑ [Berlin Campaign Conference](#), berlincampaignconference.com, abgerufen am 15.08.2024
83. ↑ [Project 2025 Presidential Transition Project](#), documentcloud.org, abgerufen am 19.08.2024
84. ↑ [„Erschreckende“ Verbindung: CDU zeigt Interesse an Trumps Republikanern](#), merkur.de vom 15.08.2024, abgerufen am 19.08.2024
85. ↑ [„Diktator“, „Ungeziefer“, „Verfolgung“ – Donald Trump schlägt in seinem Wahlkampf für eine zweite Amtszeit zunehmend autoritäre Töne an](#), deutschlandfunk.de vom 13.2.2024, abgerufen am 19.08.2024
86. ↑ [How Victor Orban Conquered the Heritage Fondation](#), newrepublic.com vom 29.08.2024, abgerufen am 15.03.2024
87. ↑ ^{87,087,1} [Wie Wirtschaftslobbyisten die SPD-Steuerpläne verfälschen](#), 26.06.2017, spiegel.de, abgerufen am 28.06.2017
88. ↑ [Gitti Müller, Kim Otto, Markus Schmidt: Die Macht über die Köpfe: Wie die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft Meinung macht](#), MONITOR Nr. 539 am 13. Oktober 2005, Website schmidts ideenschmiede, abgerufen am 05.09.2011
89. ↑ [Christian Nuernbergk: Die Mutmacher. Eine explorative Studie über die Öffentlichkeitsarbeit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Zusammenfassung der im Frühjahr 2005 an der Universität Münster eingereichten Magisterarbeit](#), Website nuernbergk, abgerufen am 4.9.2011
90. ↑ [\[7\]](#), insm.de, abgerufen am 17.04.2017
91. ↑ [WELTZUKUNFTSDEBATTE](#), insm.de vom 06.09.2022, abgerufen am 17.09.2022
92. ↑ [Suche — Thorsten Alsleben](#), welt.de, abgerufen am 13.08.2024
93. ↑ [epd: Arzneiersteller und Apotheker ließen in der ARD schleichwerben](#), abgerufen am 4. Mai 2010.
94. ↑ [Lobbycontrol: INSM und Marienhof – Eine kritische Bewertung](#), abgerufen am 4. Mai 2010.
95. ↑ [Lobbycontrol: INSM redet Schleichwerbung schön](#), abgerufen am 4. Mai 2010.
96. ↑ [Die Medien einschüchtern](#), Freitag vom 11. Januar 2005, Website Freitag, zuletzt abgerufen am 15.12.2017
97. ↑ [Kritiker unerwünscht](#), LobbyControl vom 13. April 2007, Website LobbyControl, abgerufen am 1.9.2011

98. ↑ [Auch INSM korrigiert Falschinformationen über TTIP foodwatch](#) am 13.03.2015, abgerufen am 13.04.2015
99. ↑ Speth: Strategien, S. 30
100. ↑ [Kuratoren und Botschafter](#), insm.de, abgerufen am 18.10.2023
101. ↑ [Vereinsregister des Amtsgerichts Köln, VR 14812](#), Abdruck vom 13.02.2017
102. ↑ [Reichensteuer ist verfassungsrechtlich hoch problematisch](#), Financial Times Deutschland vom 2. Mai 2006, Website der FTD, abgerufen am 13.8.2011
103. ↑ [Universität Hamburg - Kandidat Dieter Lenzen](#), Der Spiegel vom 13. November 2011
104. ↑ [INSM-Förderverein, Teil 2](#), 02.06.2005, lobbycontrol.de, abgerufen am 13.02.2017
105. ↑ Speth: Die politischen Strategien, S. 29
106. ↑ <https://www.fwi1.uni-freiburg.de/forschungszentrum-generationenvertraege/prof-dr-bernd-raffelhueschen/>, abgerufen am 12.07.24
107. ↑ [Webseite INSM - Die Botschafter der INSM Stimmen der Sozialen Marktwirtschaft](#) abgerufen am 19.10.2023
108. ↑ [Stefan Bach: Kirchhof macht sich das Steuerrecht einfach](#), Website DIW, abgerufen am 18.7.2011
109. ↑ [Scheel verlässt Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), Handelsblatt vom 1. Dezember 2004, Website HB, abgerufen am 22. Oktober 2012
110. ↑ [60 Jahre Soziale Marktwirtschaft Stimmen aus der Politik Christine Scheel](#) 4. September 2009, Website der INSM, abgerufen am 22. Oktober 2012
111. ↑ [Econ Referenten Agentur Lothar Späth](#), Website econ-referenten, abgerufen am 2.8.2011
112. ↑ [Gesamtmetall Geschäftsbericht 2013/14](#), S. 51, zuletzt aufgerufen am 1. Oktober 2010, dort heißt es: "Im Juli 2013 verabschiedete die INSM ihren langjährigen Kuratoriumsvorsitzenden, den ehemaligen Präsidenten der Bundesbank Prof. Dr. Hans Tietmeyer, mit einem Symposium „Soziale Marktwirtschaft für Europa“.
113. ↑ Bülow, Marco: Wir Abnicker, Berlin 2010, S. 182 f.